



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden

Bericht **2014**

Impressum

Herausgeber

Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik
Wilhelmstraße 32, 65183 Wiesbaden
- Juli 2014

Bezug

Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik
Information & Dokumentation
Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden

Tel.: 06 11/31-54 34
FAX: 06 11/31-39 62
E-Mail: dokumentation@wiesbaden.de
Internet: www.wiesbaden.de/statistik



Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet und mit der Bitte um ein Belegexemplar.

Für gewerbliche Zwecke ist es grundsätzlich nicht gestattet, diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme zu speichern.

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden

Seite

1	Das Wiesbadener Monitoring	1
2	Migrantinnen und Migranten in Wiesbaden	5
3	Indikatoren zur strukturellen Integration	13
3.1	Rechtliche Integration	13
A.1.1	Aufenthaltstitel	13
A.1.2	Einbürgerungsanspruch	15
3.2	Integration in das Bildungssystem	17
A.2.1	Kindergartenbesuch	17
A.2.2	Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe	19
A.2.3	Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen	21
A.2.4	Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag	23
3.3	Integration in den Arbeitsmarkt	26
A.3.1	Beschäftigtenquote	26
A.3.2	Berufliche Qualifikation der Beschäftigten	28
A.3.3	Geringfügige Beschäftigung	31
A.3.4	Arbeitslosigkeit	32
A.3.5	Jugendarbeitslosigkeit	34
A.3.6	SGB II-Bezugsquote	36
3.4	Integration in den Wohnungsmarkt	38
A.4.1	Segregationsindex	38
A.4.2	Wohnungseigentümerquote	40
4	Indikatoren zur kulturellen Integration	42
B.1	Spracherwerb	42
B.2	Gesundheit / Übergewicht	45
5	Indikatoren zur sozialen Integration	47
C.1.1	Langer Aufenthalt in Deutschland	47
C.1.2	In Deutschland Geborene	49
C.2.1	Einheiratsquote	50
C.2.2	Einreise zur Eheschließung	52
C.2.3	Haushalte gemischter Herkunft	53
6	Indikatoren zur identifikatorischen Integration	55
D.1	Einbürgerungsquote	55
7	Konsequenzen für die Integrationsarbeit	57

ANHANG

1 Das Wiesbadener Monitoring

*Monitoring als Element
der Wiesbadener
Integrationsberichterstattung*

Mit ihrem Integrationsmonitoring, das 2003 begonnen und seitdem jährlich fortgeschrieben und weiterentwickelt wurde, hat die Landeshauptstadt Wiesbaden bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Seitdem haben viele Großstädte, aber auch kleinere Kommunen, entsprechende Ansätze erprobt und etabliert. Als Orientierung dienten dabei unter anderem die Empfehlungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt), auf deren Zusammenstellung das Wiesbadener Monitoring maßgeblichen Einfluss hatte. Auch Bund und Länder haben in den letzten Jahren das Thema Integrationsmonitoring aufgegriffen und eigene Indikatorenkataloge entwickelt.

*Bestandteil des
Integrationskonzepts*

Das Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden ist auch Bestandteil des Integrationskonzepts der Landeshauptstadt Wiesbaden. Im Jahr 2014 ist eine zweite Fortschreibung des Konzepts (Laufzeit 2015 bis 2019) geplant; dabei soll das Monitoring den Prozess der Zielfindung maßgeblich unterstützen.

*Ziel des Monitorings:
Integration sichtbar machen*

Es liegt im Interesse einer langfristig erfolgreichen Integrationspolitik, den Verlauf der tatsächlichen Integration beobachten, messen und einschätzen zu können. Vorrangiges Ziel des Monitorings ist es daher, den Stand des Integrationsprozesses aufzuzeigen und zu interpretieren. Durch regelmäßige Messungen und die Abbildung von Zeitreihen werden Entwicklungen kontinuierlich verfolgt. Auf diese Weise soll sichtbar werden, wo Integration erfolgreich verlaufen ist und in welchen Bereichen (noch) Handlungsbedarf besteht. Das Integrationsmonitoring erfüllt primär die Aufgabe der Sensibilisierung und der Frühwarnung, es nimmt darüber hinaus auch eine unterstützende Funktion bei der Steuerung von Integrationsprozessen wahr.

Das Integrationsmonitoring soll zeigen, inwieweit sich die Partizipation von Zugewanderten in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen im Lauf der Zeit entwickelt

hat und inwieweit sich Vielfalt im gesellschaftlichen Leben und den Institutionen widerspiegelt. Dies ist allerdings nur für Bereiche möglich, zu denen hinreichend aussagekräftige Daten vorhanden sind. Integration ist darüber hinaus ein äußerst vielschichtiger gesellschaftlicher Prozess, der durch Monitoring nur teilweise erfasst werden kann.

*Eingeschränkte
Wirkungsmessung*

Monitoring ermöglicht für sich genommen keine Ursachen-Wirkungs-Analyse. Monitoring und Evaluation sind zwar im Zusammenhang zu betrachten, jedoch bedarf die Wirkungsmessung von Integrationsprogrammen und -maßnahmen eigener Untersuchungsansätze.

*Nicht alles kann auf kommunaler
Ebene gesteuert werden*

Bei der Interpretation der Kennzahlen ist zu beachten, dass sich nicht nur die Effekte der Wiesbadener Integrationsarbeit widerspiegeln, sondern auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und rechtliche Rahmenbedingungen, die sich einer Steuerung auf kommunaler Ebene entziehen.

*Wiesbadener Verständnis
von Integration*

Ziel der Wiesbadener Integrationspolitik ist es, Zugewanderten mit Bleibeperspektive gleiche Bildungs- und Berufschancen zu eröffnen und sie umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Voraussetzung erfolgreicher Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe an den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft.

Die Wiesbadener Kommunalpolitik versteht unter Integration „den dauerhaften Prozess der Eingliederung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund in das soziale und kulturelle Spektrum der Aufnahmegesellschaft sowie die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität“ (Integrationskonzept, 1. Fortschreibung 2010 - 2014).


*Vier Dimensionen
des Integrationsprozesses*

Der Integrationsprozess wird in vier Dimensionen gegliedert:¹

- Strukturelle Integration
(= Eingliederung in Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft, z. B. Bildung und Arbeitsmarkt)
- Kulturelle Integration
(= Spracherwerb und Wertvorstellungen)
- Soziale Integration
(= Eingliederung in private Sphären der Aufnahmegesellschaft, z. B. interethnische Partnerschaften)
- Identifikatorische Integration
(= Zugehörigkeitsgefühl)

Übersicht 1: Dimensionen der Integration		
Dimensionen	Themenfelder	Indikatoren (Beispiele)
strukturell	Rechtliche Integration	Aufenthaltssicherheit
	Integration in das Bildungssystem	Schulbesuch
	Integration in den Arbeitsmarkt	Erwerbsquote
kulturell	Integration in den Wohnungsmarkt	Eigentümerquote
	Spracherwerb	Sprachfähigkeiten bei Kindern
Sozial	Gesundheit	Übergewicht
	Aufenthaltsdauer / Bleibeabsichten	In Deutschland Geborene
identifikatorisch	Multikulturelles Zusammenleben	Einheiratsquote
	Einbürgerungen	Einbürgerungsquote

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



*22 Indikatoren
zur Messung von Integration*

Das Monitoring greift diese Definition und Gliederung auf und bildet insgesamt 22 Kennzahlen zur objektiven Beschreibung des Integrationsprozesses. Rund die Hälfte der Indikatoren unterscheidet in herkömmlicher Weise zwischen Ausländer/-innen und Deutschen; bei den übrigen Kennziffern konnte ein Bezug zum „Migrationshintergrund“ hergestellt werden.

¹ Das Konzept der vier Dimensionen für das Integrationsmonitoring geht auf die theoretischen Arbeiten von Friedrich Heckmann zurück, vgl. z. B. Heckmann, Friedrich: Integration und Integrationspolitik in Deutschland. efnm Paper Nr. 11. Bamberg, 1997.

*Unterschiedliche Definitionen
des „Migrationshintergrunds“*

Soweit ein Migrationshintergrund ausgewiesen wird, können die Kriterien je nach fachstatistischer Provenienz recht unterschiedlich sein. So wird beispielsweise der Migrationshintergrund in der Schulstatistik anders abgebildet als im Einwohnermelderegister. Eine systematische Übersicht über die verschiedenen Definitionen hat das Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik 2010 veröffentlicht.² Ob und wie im konkreten Fall ein Migrationshintergrund definiert wird, wird jeweils bei den einzelnen Indikatoren dokumentiert.

*Kennziffern mit und ohne
Vergleichsgruppe*

Die meisten verwendeten Kennziffern lassen sich als „Vergleichsindikatoren“ bezeichnen, nämlich diejenigen, für die Referenzwerte berechnet werden können (z. B. für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegenüber der ohne Migrationshintergrund). Damit soll geprüft werden, ob und inwieweit sich Partizipationsmöglichkeiten der Zugewanderten in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen durch Angleichung realisiert haben. Darüber hinaus werden „Optimierungsindikatoren“ genutzt, für die sich keine Referenzgrößen berechnen lassen, die aber eine integrationspolitisch relevante Entwicklung abbilden (z. B. die Zahl der Ausländer/-innen mit gesichertem Aufenthaltsrecht oder die Zahl der Einbürgerungen).

Das Wiesbadener Integrationsmonitoring greift auf verfügbare Daten der amtlichen und der kommunalen Statistik zurück. Primärerhebungen zu integrationsrelevanten Themen fließen sporadisch in das Monitoring ein und verbreitern die Datenbasis.³

Optimierte Darstellung

Im Interesse einer besseren Lesbarkeit und Handhabung wurde die Struktur des Wiesbadener Integrationsmonitorings verändert. Die einzelnen Indikatoren sind jetzt jeweils auf ein bis zwei Seiten abschließend dokumentiert - in einer einheitlichen Gliederung und einschließlich tabellarischer und graphischer Darstellungen. So können

2 Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik: „Personen mit Migrationshintergrund“. Aktueller Stand des Nachweises in der Statistik. Wiesbaden, 2010. Abrufbar unter http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/stadtportrait/10_2010_Sonderpublikation.pdf

3 Künftig soll alle zwei Jahre eine repräsentative Bürgerbefragung („Leben in Wiesbaden“) auch Informationen zur Integration von Migranten liefern.

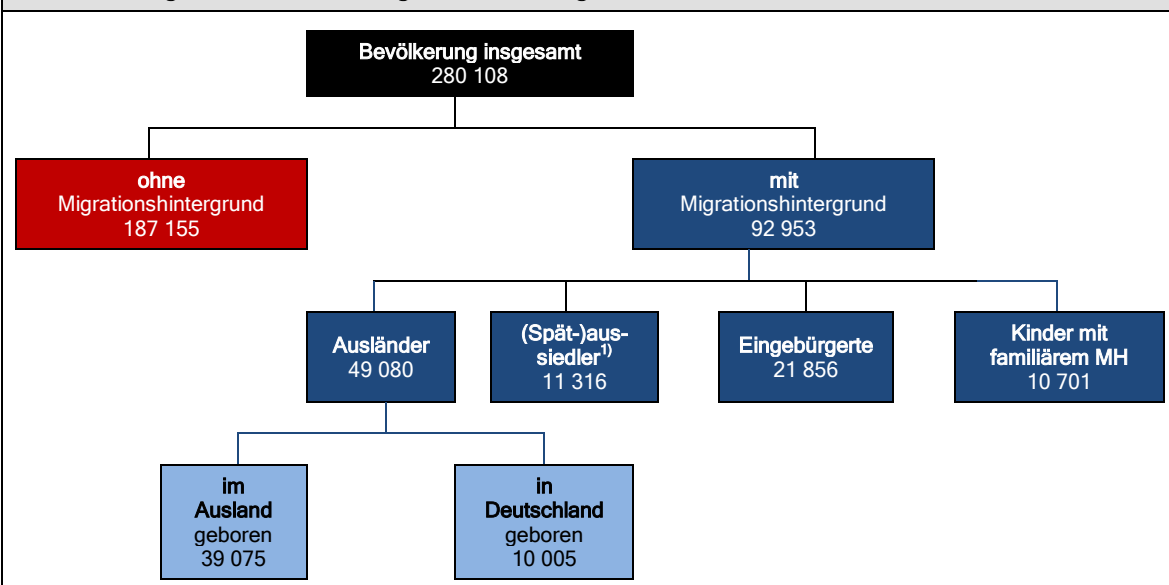
ohne Umblättern die Definitionen der Kennziffern, ihre Datenquellen, methodische Hinweise sowie die Ergebnisse hinsichtlich des Integrationsprozesses „auf einen Blick“ erfasst werden. Wer darüber hinaus an absoluten Größenordnungen interessiert ist, wird im Anhang fünfzig.

2 Migrantinnen und Migranten in Wiesbaden

Jeder Dritte hat einen Migrationshintergrund

Ende 2013 hatten 92 953 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener einen Migrationshintergrund, das sind 33,2 % der Bevölkerung. Gut die Hälfte von ihnen (49 080) besitzt ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit; die übrigen 43 873 sind Deutsche mit einem Migrationshintergrund, der entweder auf eine Herkunft aus dem Ausland oder (bei Minderjährigen) auf einen Migrationshintergrund der Mutter zurückzuführen ist.

Bild 1:
Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund am 31.12.2013



1) einschließlich deren Kinder

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

*Immer mehr Deutsche
mit Migrationshintergrund*

Seit 2004 ist die Zahl der Migrantinnen und Migranten fast kontinuierlich gestiegen - in neun Jahren um knapp 14 %. Dies ist in erster Linie auf die stetig wachsende Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund zurückzuführen, deren Anzahl in diesem Zeitraum um 29 % anstieg und die heute fast die Hälfte aller Migranten ausmacht. Hinsichtlich der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer lässt sich dagegen kein eindeutiger Entwicklungstrend identifizieren. Seitdem 2010 das Einwohnermelderegister in größerem Umfang durch Abmeldungen von Amts wegen bereinigt wurde⁴, steigen die Ausländerzahlen wieder an.

**Tab. 1:
Personen mit Migrationshintergrund 2004 bis 2013**

Jahr	Personen mit Migrationshintergrund		
	insgesamt	davon	
		Ausländer/-innen	Deutsche
2004	81 763	47 837	33 926
2005	83 755	48 544	35 211
2006	85 476	48 715	36 761
2007	86 900	49 111	37 789
2008	87 164	48 368	38 796
2009	87 755	48 032	39 723
2010	86 045	44 995	41 050
2011	88 560	46 584	41 976
2012	90 866	47 843	43 023
2013	92 953	49 080	43 873

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



*Migrantenbevölkerung
deutlich jünger*

Zwischen der Bevölkerung mit und jener ohne Migrationshintergrund bestehen deutliche Unterschiede im Altersaufbau. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist, vereinfachend gesagt, erheblich jünger; ihr Medianalter liegt mit 36 Jahren um 7 Jahre unter dem der Gesamtbevölkerung. Die deutsche Bevölkerung ohne Migrationshintergrund erreicht ein Medianalter von 47 Jahren.

⁴ Bei 4 767 der insgesamt 5 880 Registerbereinigungen im Jahr 2010 handelte es sich um Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Besonders auffallend sind die Unterschiede am unteren und am oberen Ende der Altersskala, und entsprechend variiert der Anteil der Migranten zwischen den einzelnen Altersklassen: In den jüngeren Gruppen ist er überproportional hoch (unter 18 Jahre: 45,2 %), in den obersten Altersgruppen (noch) recht gering (65 Jahre und älter: 16,9 %).

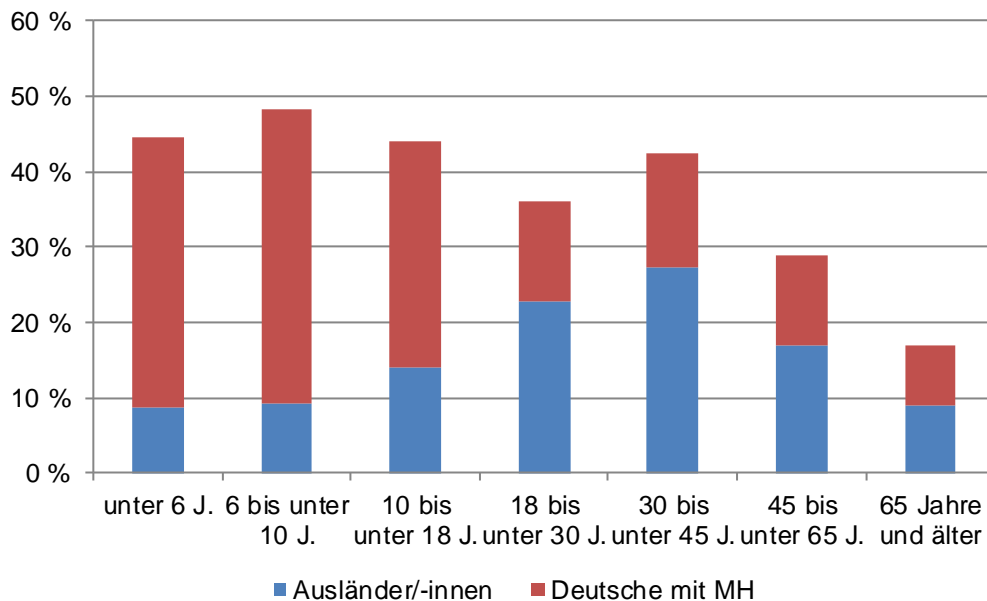
**Tab. 2:
Bevölkerung nach Alter und Migrationshintergrund am 31.12.2013**

Alter in Jahren	Bevölkerung			
	insgesamt	darunter mit Migrationshintergrund		
		zusammen	Ausländer/-innen	Deutsche
unter 6	15 973	7 127	1 375	5 752
6 bis unter 10	10 298	4 974	956	4 018
10 bis unter 18	20 352	8 978	2 848	6 130
18 bis unter 30	40 654	14 566	9 258	5 308
30 bis unter 45	60 606	25 636	16 611	9 025
45 bis unter 65	77 612	22 438	13 134	9 304
65 und älter	54 613	9 234	4 898	4 336
Insgesamt	280 108	92 953	49 080	43 873

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



Bild 2:
Migrantenanteil an der Bevölkerung am 31.12.2013



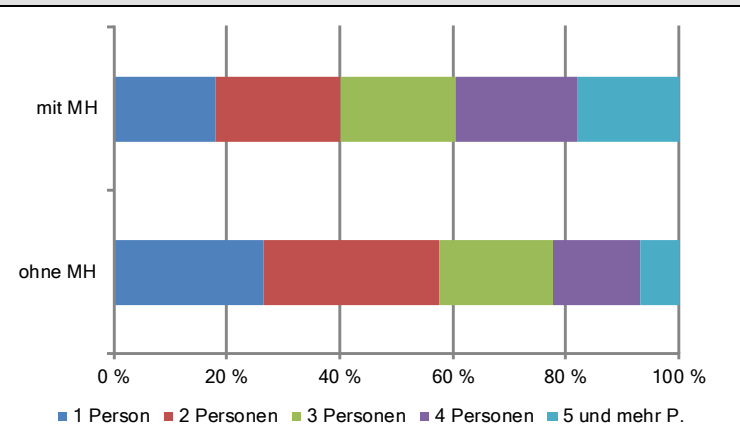
MH = Migrationshintergrund
Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



*Migranten
eher in größeren Haushalten*

Wiesbadenerinnen und Wiesbadener mit Migrationshintergrund bilden tendenziell größere Haushalte als Einheimische. 39,7 % von ihnen leben in Haushalten mit vier und mehr Personen (Bevölkerung ohne Migrationshintergrund: 22,3 %). Andererseits sind Alleinlebende innerhalb der Migrantenbevölkerung vergleichsweise selten anzutreffen: Der Single-Anteil liegt hier bei 17,9 %, während in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 26,4 % mehr als jede/r Vierte einen Einpersonenhaushalt führt. Die unterschiedliche Größenstruktur ist dabei nicht nur auf ein abweichendes Haushaltsbildungsverhalten zurückzuführen, sondern ist auch eine Folgewirkung der unterschiedlichen Altersverteilung zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.

Bild 3:
Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrations-
hintergrund und Haushaltsgröße am 31.12.2013



MH = Migrationshintergrund
 Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen;
 Haushaltgenerierung



Häufigste Herkunftsländer:
Türkei und Polen

Die in Wiesbaden lebenden Migrantinnen und Migranten kommen aus insgesamt 167 verschiedenen Ländern. Mit 16 146 Personen stammt die größte Gruppe aus der Türkei, das sind 17,4 % aller Migranten. 9 848 von ihnen haben die türkische Staatsangehörigkeit, weitere 6 298 besitzen türkische Wurzeln und haben die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder aufgrund ihrer Geburt in Deutschland erhalten.


Die zweitgrößte Gruppe mit 6 401 Personen hat einen polnischen Migrationshintergrund. Sie setzt sich zusammen aus 4 293 polnischen Staatsangehörigen und 2 108 Deutschen polnischer Herkunft.

Weitere umfangreiche Gruppen kommen aus der Russischen Föderation, aus Marokko, Italien, Kasachstan und Griechenland. Von den Einwohnern russischer und kasachischer Herkunft besitzen die allermeisten die deutsche Staatsangehörigkeit; hier handelt es sich in der Mehrzahl der Fälle um (Spät-)aussiedler.

**Tab. 3:
Die häufigsten Herkunftsländer der Wiesbadener
Migrantinnen und Migranten am 31.12.2013**

Herkunftsland	Personen mit Migrationshintergrund		
	insgesamt	davon	
		Ausländer/-innen	Deutsche
Türkei	16 146	9 848	6 298
Polen	6 401	4 293	2 108
Russische Föderation	5 124	991	4 133
Marokko	4 842	1 668	3 174
Italien	4 689	3 937	752
Kasachstan	3 724	189	3 535
Griechenland	3 208	2 709	499
Serbien	2 894	1 886	1 008
Rumänien	2 579	1 739	840
Iran	2 372	639	1 733

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



Positiver Wanderungssaldo ...

Zuwanderungen aus dem Ausland trugen in den letzten Jahren zum Wachstum der Wiesbadener Bevölkerung bei. Zwar ist auch Abwanderung gesellschaftliche Realität, doch war der Wanderungssaldo, also die Differenz aus Zu- und Fortzügen, von Ausländern aus dem bzw. ins Ausland seit 2011 stets positiv und lag pro Jahr zwischen 1 300 und 1 600 Personen.

... durch Zuwanderung, ...

Eine besondere Zielgruppe der Integrationsarbeit bilden die Neuzuwanderer, also die nach Deutschland zuziehenden ausländischen Staatsangehörigen. Ihre Zahl ist für Wiesbaden in letzter Zeit stark angewachsen: Von 2009 bis 2013 kletterte sie von 3 100 auf 4 900 und damit um mehr als die Hälfte.

*... insbesondere aus Rumänien
und Bulgarien*

Das Gros der nach Wiesbaden Zuwandernden sind Personen mit (süd-)osteuropäischer Staatsbürgerschaft: Rumänen, Polen und Bulgaren machten 2013 gut 38 % der Einwanderung aus. Insbesondere bei Zuziehenden rumänischer und bulgarischer Nationalität wurde in den letzten Jahren - infolge der schrittweisen Öffnung einzelner Arbeitsmarktsegmente - ein deutlicher Zuwachs registriert. Aktuell liegt die Zahl der Zuzüge beider Nationalitäten um die 1 000 Personen pro Jahr. Überproportiona-

le Zugewinne innerhalb der letzten fünf Jahre wurden aber auch bei Zuwanderern italienischer, spanischer und griechischer Staatsangehörigkeit beobachtet, also aus den von der Finanz- und Schuldenkrise besonders stark betroffenen Ländern Südeuropas.

Überwiegend handelt es sich bei den Neuzuwanderern um Männer (62,6 %). Knapp 90 % der Zuwandernden sind im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 65 Jahren.

Zwei von drei Neuzugängen sind Unionsbürger

Die verstärkte Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien - beide Länder gehören seit 2007 zur Europäischen Union - beeinflusst auch das Zahlenverhältnis zwischen Zuzügen aus EU- und aus Drittstaaten: Waren 2009 noch 54,7 % der aus dem Ausland Zuziehenden Unionsbürger, so lag ihr Anteil 2013 schon bei 66,9 %. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Zuzüge von EU-Staatsangehörigen gegenüber 2009 fast verdoppelt.

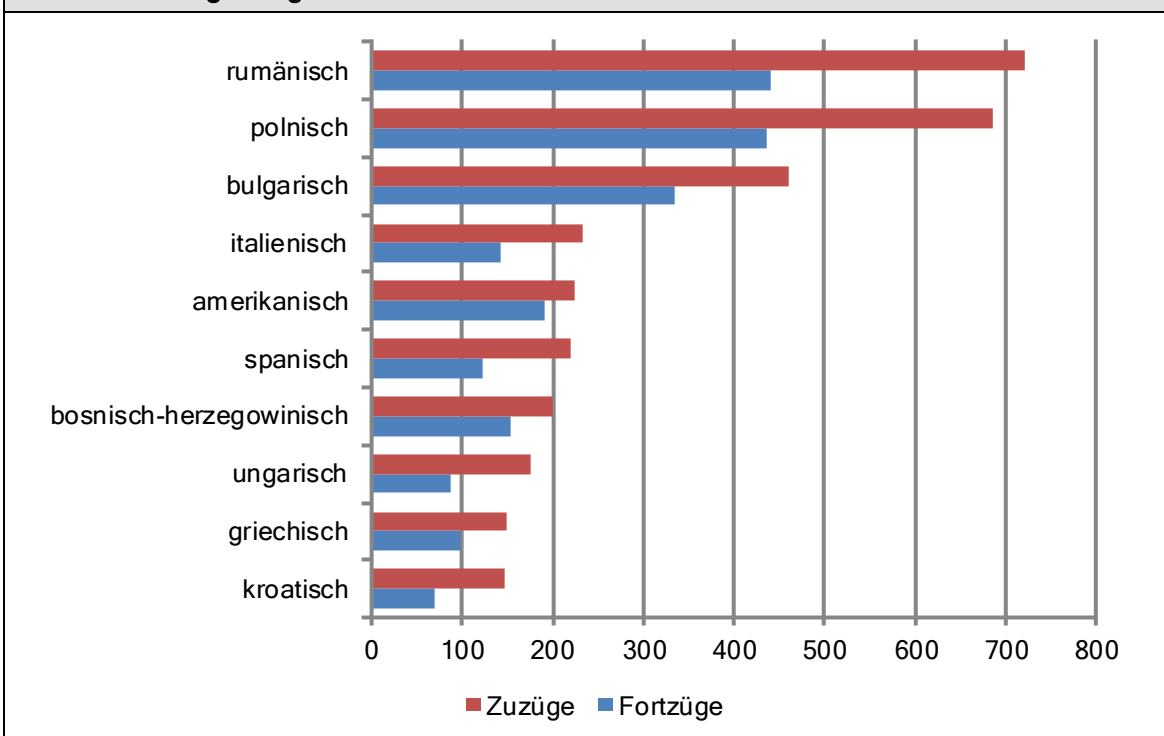
Tab. 4:
Zuzüge von Ausländer/-innen aus dem Ausland 2009 bis 2013

	2013	2012	2011	2010	2009
Insgesamt	4 896	4 384	4 387	3 721	3 102
Männer	3 064	2 685	2 917	2 380	1 989
Frauen	1 832	1 699	1 470	1 341	1 113
im Alter von ... Jahren					
unter 18	613	498	419	353	280
18 bis unter 25	1 047	915	924	736	693
25 bis unter 30	754	677	679	599	517
30 bis unter 40	1 171	1 072	1 082	1 030	802
40 bis unter 50	775	739	773	603	494
50 bis unter 65	451	426	460	344	278
65 und mehr	85	57	50	56	38
mit ... Staatsangehörigkeit					
rumänischer	722	611	462	448	239
polnischer	686	704	819	556	530
bulgarischer	461	497	494	331	214
italienischer	234	193	157	136	107
amerikanischer	225	161	221	204	171
spanischer	219	181	108	84	67
bosnisch-herzegowinischer	201	129	230	222	166
ungarischer	175	190	183	88	140
griechischer	150	138	93	46	43
kroatischer	147	41	47	75	70
mit Staatsangehörigkeit					
eines EU-Landes	3 273	2 971	2 792	2 130	1 698
eines Drittstaates	1 623	1 413	1 595	1 591	1 404

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



Bild 4:
Zu- und Fortzüge von Ausländer/-innen aus dem bzw. ins Ausland 2013
nach Staatsangehörigkeit



Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



3 Indikatoren zur strukturellen Integration

3.1 Rechtliche Integration

A.1.1 Aufenthaltstitel

Definition

Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU-Staatsangehörigkeit

Relevanz

Ein gesichertes Aufenthaltsrecht ist eine wesentliche Voraussetzung für eine langfristige Lebensperspektive und weitere Integrationsschritte der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Je besser die rechtliche Absicherung, desto besser die Chancen am öffentlichen Leben teilzuhaben, die eigenen Interessen wahrzunehmen und vor allem auch uneingeschränkt einer Beschäftigung nachgehen zu können.

Datenquelle

Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

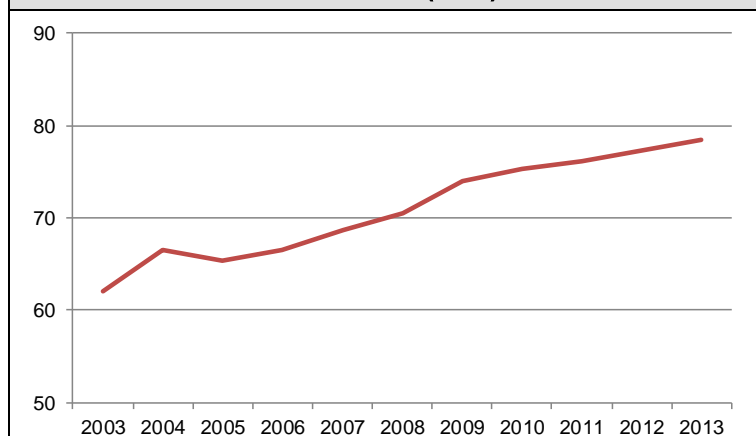
Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

**Tab. 5:
Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten
Aufenthaltstitel 2003 bis 2013 (in %)**

Jahr	Anteil unbefristeter Aufenthalt		
	insgesamt	Männer	Frauen
2003	62,1	62,6	61,6
2004	66,6	67,7	65,5
2005	65,4	66,4	64,5
2006	66,5	67,4	65,5
2007	68,7	69,6	67,9
2008	70,5	71,3	69,7
2009	73,9	75,1	72,8
2010	75,3	76,3	74,4
2011	76,2	77,3	75,1
2012	77,3	78,4	76,2
2013	78,5	79,5	77,5

Jeweils 31. Dezember

Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)

**Bild 5:
Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten
Aufenthaltstitel 2003 bis 2013 (in %)**

Jeweils 31. Dezember

Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



Trend zeigt nach oben Ende des Jahres 2013 haben 78,5 % der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen sicheren Aufenthaltsstatus. Damit hat sich die positive Tendenz der vergangenen Jahre weiter fortgesetzt.

A.1.2 Einbürgerungsanspruch

Definition Anteil der Ausländer, die einen eigenständigen Anspruch auf Einbürgerung haben: Sie sind mindestens 16 Jahre alt, haben seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland und verfügen über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder sind freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger.

Relevanz Ausländer, die diese Kriterien erfüllen, haben rechtlich gesehen die besten Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Aufnahmegesellschaft.

Datenquelle Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Methodische Hinweise Gemessen werden mit diesem Indikator lediglich die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen einer möglichen Einbürgerung. Weitere Bedingungen wie Kenntnisse der deutschen Sprache sowie das Bestehen eines Einbürgerungstestes können statistisch nicht abgebildet werden.

Tab. 6:
Anteil der Ausländer mit einem Anspruch auf
Einbürgerung 2003 bis 2013 (in %)

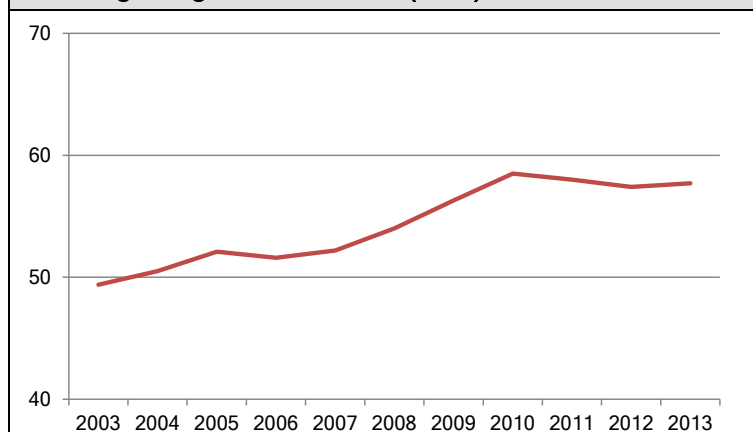
Jahr	Anteil Einbürgerungsanspruch		
	insgesamt	Männer	Frauen
2003	49,4	49,1	49,7
2004	50,5	51,4	49,5
2005	52,1	52,3	51,8
2006	51,6	51,7	51,5
2007	52,2	52,4	52,0
2008	54,0	54,0	54,1
2009	56,3	56,4	56,3
2010	58,5	58,3	58,6
2011	58,0	57,2	58,8
2012	57,4	56,2	58,5
2013	57,7	56,2	59,3

Jeweils 31. Dezember

Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



Bild 6:
Anteil der Ausländer mit einem Anspruch auf
Einbürgerung 2003 bis 2013 (in %)



Jeweils 31. Dezember

Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



Stagnation
beim Einbürgerungsanspruch

Der Anteil der Einbürgerungsberechtigten liegt 2013 bei 57,7 % - mehr als die Hälfte der Wiesbadener mit ausländischem Pass erfüllt also die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen um Deutscher zu werden. Dass sich der bis 2010 beobachtete Aufwärtstrend in den letzten Jahren nicht fortgesetzt hat, ist auf die verstärkte Neuzuwanderung zurückzuführen.

3.2 Integration in das Bildungssystem

A.2.1 Kindergartenbesuch

<i>Definition</i>	Anteil der Kinder, die vor ihrer Einschulung mindestens 18 Monate lang einen Kindergarten besucht haben
<i>Relevanz</i>	Die frühkindliche Förderung hat für den gesamten Bildungserfolg eine zentrale Bedeutung. Insbesondere wird der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten eine Schlüsselrolle bei der Integration zuerkannt, da von den Sprachkenntnissen der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt abhängt. Zudem fördert der Besuch einer Kindertagesstätte die kognitiven und sozialen Fähigkeiten. Der Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung ist daher ein wichtiges integrationspolitisches Ziel.
<i>Datenquelle</i>	Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)
<i>Migrationshintergrund</i>	Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.
<i>Methodische Hinweise</i>	Zu beachten ist, dass der Indikator auch von der Aufenthaltsdauer in Deutschland beeinflusst werden kann: Kinder aus Migrantenfamilien, die erst kurz vor der Einschulung in die Bundesrepublik eingewandert sind, haben nicht die Chance auf einen ausreichend langen Besuch einer Kindertagesstätte. Dadurch ist die Vergleichbarkeit mit einheimischen Kindern eingeschränkt.

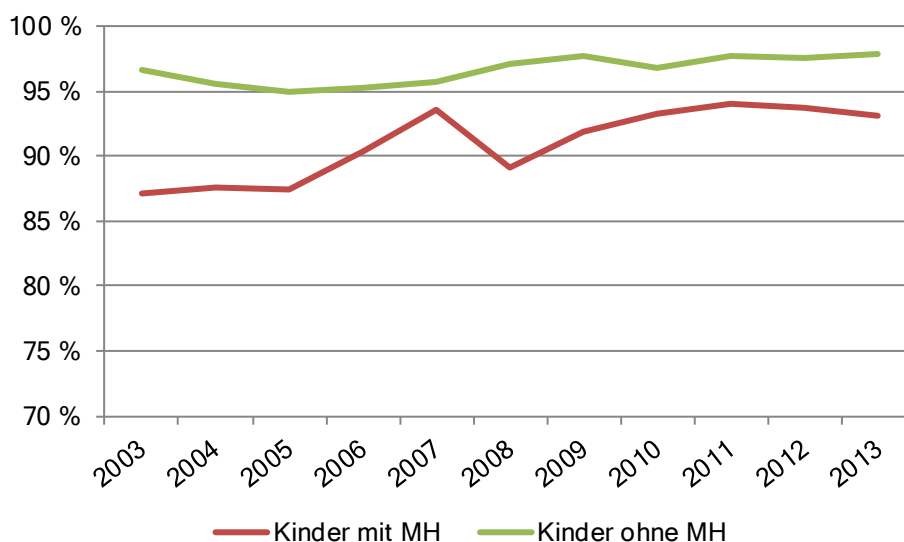
Tab. 7:
Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten
an allen einzuschulenden Kindern 2003 bis 2013

Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund			Kinder ohne Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen	zusammen	Jungen	Mädchen
	%			%		
2003	87,2	84,8	89,9	96,6	97,2	95,9
2004	87,6	89,3	85,7	95,6	95,6	95,6
2005	87,4	86,7	88,3	94,9	94,7	95,1
2006	90,3	89,1	91,6	95,2	94,8	95,7
2007	93,5	93,5	93,4	95,8	96,5	95,0
2008	89,2	89,3	89,2	97,1	97,0	97,2
2009	91,9	91,9	91,9	97,7	97,5	97,8
2010	93,3	93,8	92,8	96,8	97,9	95,4
2011	94,0	94,1	94,0	97,7	97,6	97,8
2012	93,8	94,1	93,4	97,5	97,1	97,9
2013	93,2	92,5	93,8	97,9	98,1	97,6

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Bild 7:
Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten
an allen einzuschulenden Kindern 2003 bis 2013



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



*Langfristig positive Tendenz
beim Kindergartenbesuch*

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, die eine Elementarereinrichtung mindestens 18 Monate besucht haben, lag 2013 bei 93,2 %. Damit hat sich die Verbesserung, die zwischen 2008 und 2011 zu beobachten war, in den letzten beiden Jahren nicht fortsetzen können, vielmehr hat sich der Abstand zu den einheimischen Kindern wieder leicht erhöht. Dies ist wohl darin begründet, dass mit der verstärkten Zuwanderung aus dem Ausland in den letzten Jahren auch die Zahl der Kinder gestiegen ist, die ohne (oder ohne längeren) Kindergartenbesuch eingeschult wurden.

A.2.2 Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe

Definition

Anteil von Gymnasialschüler/-innen an allen Schüler/-innen der 8. Jahrgangsstufe

Relevanz

Der Indikator gibt einen Zwischenstand im Bildungsweg zu einem Zeitpunkt vor dem Schulabschluss und bei voller Differenzierung der Bildungswege wieder. Es handelt sich um eine wichtige Kennziffer für die strukturelle Integration und die Chancengleichheit im Bildungssystem. Die Relation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund auf dem Gymnasium zeigt an, ob vergleichbare Bildungschancen zu einheimischen Schülerinnen und Schülern bestehen.

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik, jeweils im Herbst des Schuljahres)

Migrationshintergrund

Die Schulstatistik verwendet eine Definition des Migrationshintergrundes, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern gehen in die Ableitung des Merkmals nicht ein. Die Definition wird in Hessen seit dem Schuljahr 2009/2010 umgesetzt.

Methodische Hinweise

Die Erhebung der Schulstatistik umfasst sowohl öffentlichen Schulen als auch Schulen in privater Trägerschaft.

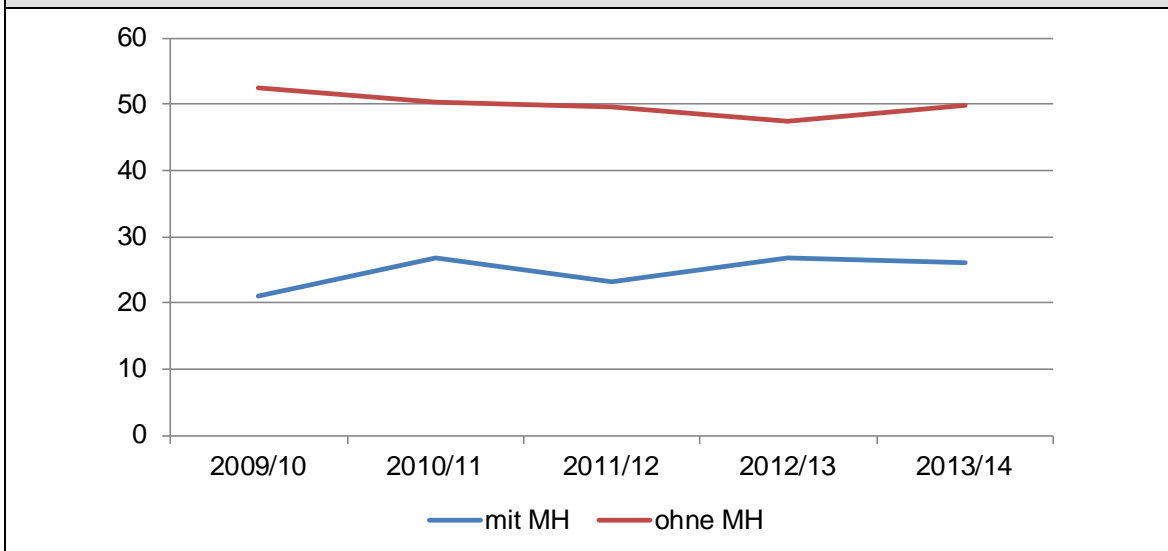
Tab. 8:
Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe (in %)

Schuljahr	Schüler/-innen mit Migrationshintergrund			Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2009/10	21,0	17,5	24,8	52,6	51,2	54,2
2010/11	26,7	26,2	27,1	50,4	49,4	51,5
2011/12	23,3	21,2	25,9	49,6	47,5	51,7
2012/13	26,8	25,1	28,8	47,4	45,8	49,1
2013/14	26,1	24,0	28,3	49,9	47,5	52,7

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Bild 8:
Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe 2009/2010 bis 2013/2014 (in %)



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Leichte Tendenz zur Annäherung

Hinsichtlich der Gymnasialquote lassen sich zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ausgeprägte Unterschiede diagnostizieren: In den achten Klassen der allgemeinbildenden Schulen gehen derzeit 49,9 % der Kinder ohne Migrationshintergrund aufs Gymnasium; die entsprechende Quote bei Kindern ausländischer Herkunft liegt mit 26,1 % deutlich niedriger. Tendenziell hat sich in den letzten vier Schuljahren der Abstand zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ver-

ringert. Unabhängig von der Herkunft gehen in der achten Jahrgangsstufe Mädchen häufiger auf das Gymnasium als Jungen.

A.2.3 Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen

Definition

Anteil der Schulabgänger/-innen nach erreichtem Abschluss an allen Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen

Relevanz

Der Indikator misst die erreichten Schulabschlüsse bei allen Schulabgänger/-innen am Ende eines Schuljahres; er ist eine zentrale Kennziffer für die strukturelle Integration und Chancengleichheit im Bildungssystem. Der erreichte Schulabschluss ist die Grundlage, auf der die weitere Teilhabe im Ausbildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt aufbauen kann. Wird kein Schulabschluss erworben, sind die Integrationschancen gering. Je höher der erreichte Schulabschluss ist, desto besser sind auch die weiteren strukturellen Integrationschancen.

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)

Migrationshintergrund

Die Schulstatistik verwendet eine Definition des Migrationshintergrundes, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern gehen in die Ableitung des Merkmals nicht ein. Die Definition wird in Hessen seit dem Schuljahr 2009/2010 umgesetzt.

Methodische Hinweise

Der Indikator beschränkt sich auf die Schulabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen (öffentliche und private Schulen). Darüber hinaus werden Bildungsabschlüsse nicht nur an allgemeinbildenden Schulen, sondern auch an beruflichen Schulen erlangt. 2013 erwarben 951 Schülerinnen und Schüler einen Schulabschluss an beruflichen Schulen, darunter 17,8 % die allgemeine Hochschulreife, 56,9 % die Fachhochschulreife, 11,9 % einen mittleren Abschluss und 13,5 % den Hauptschulabschluss. Allerdings kann auf beruflichen Schulen nur

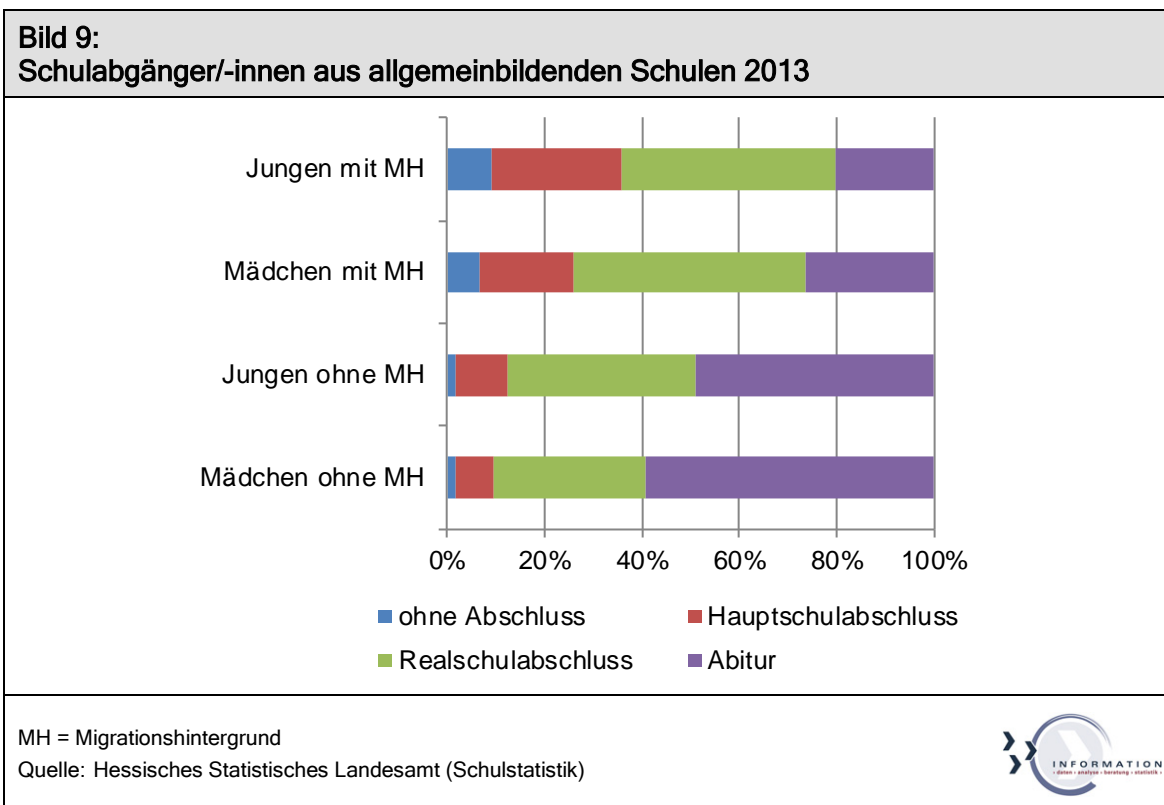
zwischen deutschen und ausländischen Schüler/-innen und (noch) nicht nach dem Migrationshintergrund differenziert werden.

**Tab. 9:
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen 2010 bis 2013**

Art des Abschlusses	Jahr	Abgänger/-innen					
		mit Migrationshintergrund			ohne Migrationshintergrund		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		%			%		
ohne Hauptschulabschluss	2010	7,6	9,9	5,7	3,1	2,9	3,1
	2011	9,1	11,3	7,1	2,7	3,4	2,1
	2012	8,5	9,0	7,9	2,3	2,1	2,4
	2013	7,9	9,1	6,8	1,7	1,8	1,6
mit Hauptschulabschluss	2010	32,9	38,7	27,9	13,0	14,9	11,2
	2011	30,6	34,8	26,8	12,5	15,1	10,2
	2012	28,3	32,1	24,5	11,7	12,8	10,5
	2013	22,9	26,9	19,0	9,2	10,6	8,0
mit Realschulabschluss	2010	42,3	38,7	45,4	35,4	37,1	33,9
	2011	40,7	38,3	42,9	34,2	36,3	32,4
	2012	40,4	40,0	40,9	33,8	36,2	31,2
	2013	45,9	43,7	47,9	34,9	38,6	31,2
mit allgemeiner Hochschulreife	2010	17,1	12,7	21,0	48,5	45,1	51,8
	2011	19,6	15,7	23,2	50,6	45,2	55,4
	2012	22,8	18,9	26,7	52,2	48,8	55,9
	2013	23,4	20,3	26,3	54,1	49,0	59,3

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)





Unter den Migranten viele Schulabgänger ohne Abschluss

Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss liegt unter den Migranten bei 7,9 % und damit um ein Mehrfaches höher als bei den Schulentlassenen ohne Migrationshintergrund. Die Hochschulreife erreichten unter den Migrantinnen und Migranten 23,4 %; unter den Abgängern ohne Migrationshintergrund lag der Anteil mit 54,1 % mehr als doppelt so hoch. Soweit die kurze Zeitreihe eine Einschätzung zulässt, lässt sich ein Trend zu höheren Bildungsabschlüssen bei beiden Gruppen feststellen. Ebenfalls für beide Gruppen gilt, dass Schülerinnen im Schnitt bessere Abschlüsse erhielten als ihre männlichen Mitschüler.

A.2.4 Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag

Definition

Anteil der Schüler ohne Ausbildungsvertrag an allen Schüler/-innen an Berufsschulen

Relevanz

Die meisten Jugendlichen streben, sofern sie nicht studieren wollen, beim Verlassen der Schule eine betriebl-

che Berufsausbildung an. Sie wird im dualen System, also in der Kombination von betrieblicher Ausbildung und Berufsschulbesuch, absolviert. Die Ausbildungsbetriebe entscheiden darüber, welche Bewerber einen Ausbildungsplatz bekommen. Das Bestehen eines vertraglichen Ausbildungsverhältnisses mit dem ausbildenden Betrieb stellt eine erste Integration in das Berufsleben dar. Wer dagegen keinen Ausbildungsvertrag abschließen konnte, gilt als Problemkandidat auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik, jeweils im Herbst des Schuljahres)

Migrationshintergrund

Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

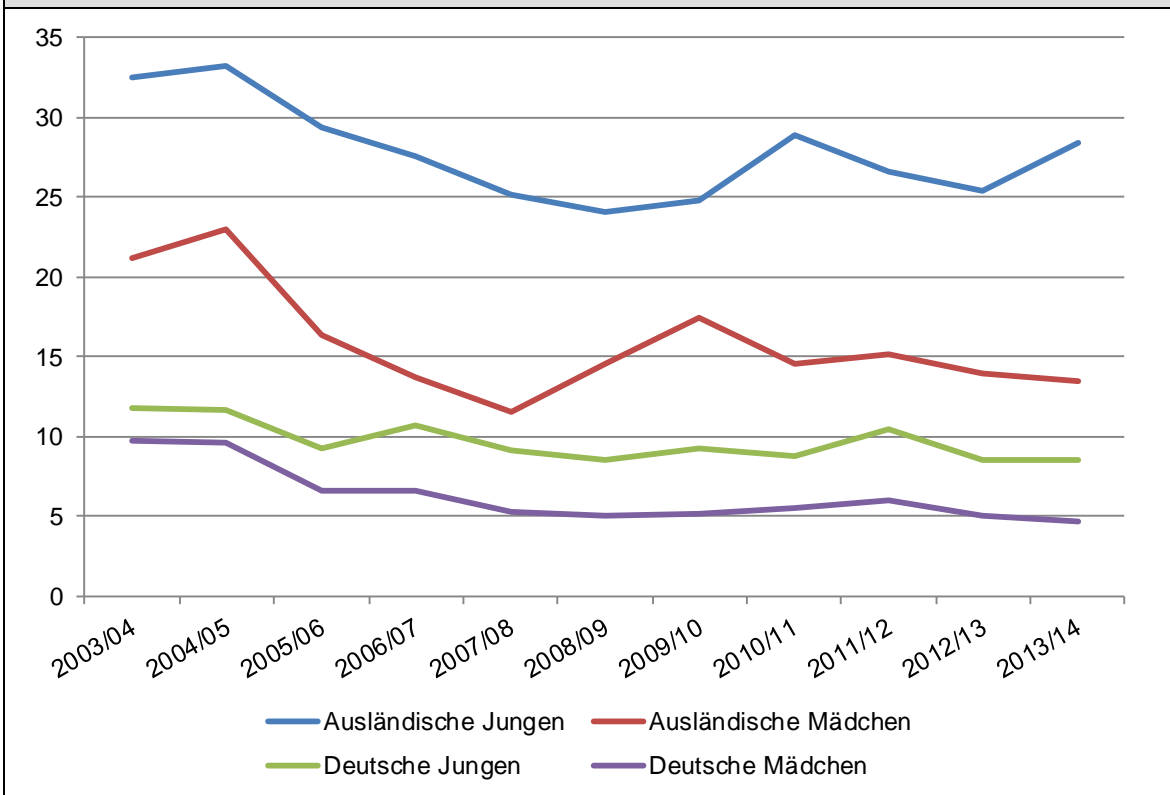
Tab. 10:
Anteil der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag (in %)

Schuljahr	Ausländische Schüler/-innen			Deutsche Schüler/-innen		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2003/04	27,7	32,5	21,2	10,8	11,8	9,7
2004/05	28,7	33,2	23,0	10,7	11,6	9,6
2005/06	23,7	29,3	16,3	8,1	9,3	6,6
2006/07	21,1	27,5	13,7	8,9	10,7	6,6
2007/08	18,9	25,2	11,5	7,4	9,1	5,3
2008/09	19,6	24,1	14,6	7,0	8,5	5,0
2009/10	21,5	24,8	17,4	7,5	9,3	5,2
2010/11	22,8	28,9	14,5	7,4	8,8	5,5
2011/12	21,7	26,6	15,2	8,4	10,4	6,0
2012/13	20,4	25,4	14,0	7,0	8,5	5,0
2013/14	22,4	28,4	13,5	6,9	8,5	4,6

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Bild 10:
Anteil der Berufsschüler/-innen ohne Ausbildungsvertrag (in %)



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



*Erhebliche Unterschiede
beim Einstieg in den Beruf*

Verglichen mit der Situation vor zehn Jahren hat sich der Ausbildungsmarkt für Jugendliche entspannt. Davon haben sowohl deutsche als auch ausländische Jugendliche profitiert. Trotzdem bestehen immer noch gravierende Unterschiede, was die Chancen auf ein vertragliches Ausbildungsverhältnis angeht. Jungen Männern ausländischer Nationalität fällt der Einstieg ins Berufsleben besonders schwer: Jeder dritte bis vierte von ihnen scheitert daran, einen Ausbildungsvertrag abzuschließen. Im Schuljahr 2013/14 hat sich die Situation für diese Gruppe sogar noch verschärft.

3.3 Integration in den Arbeitsmarkt


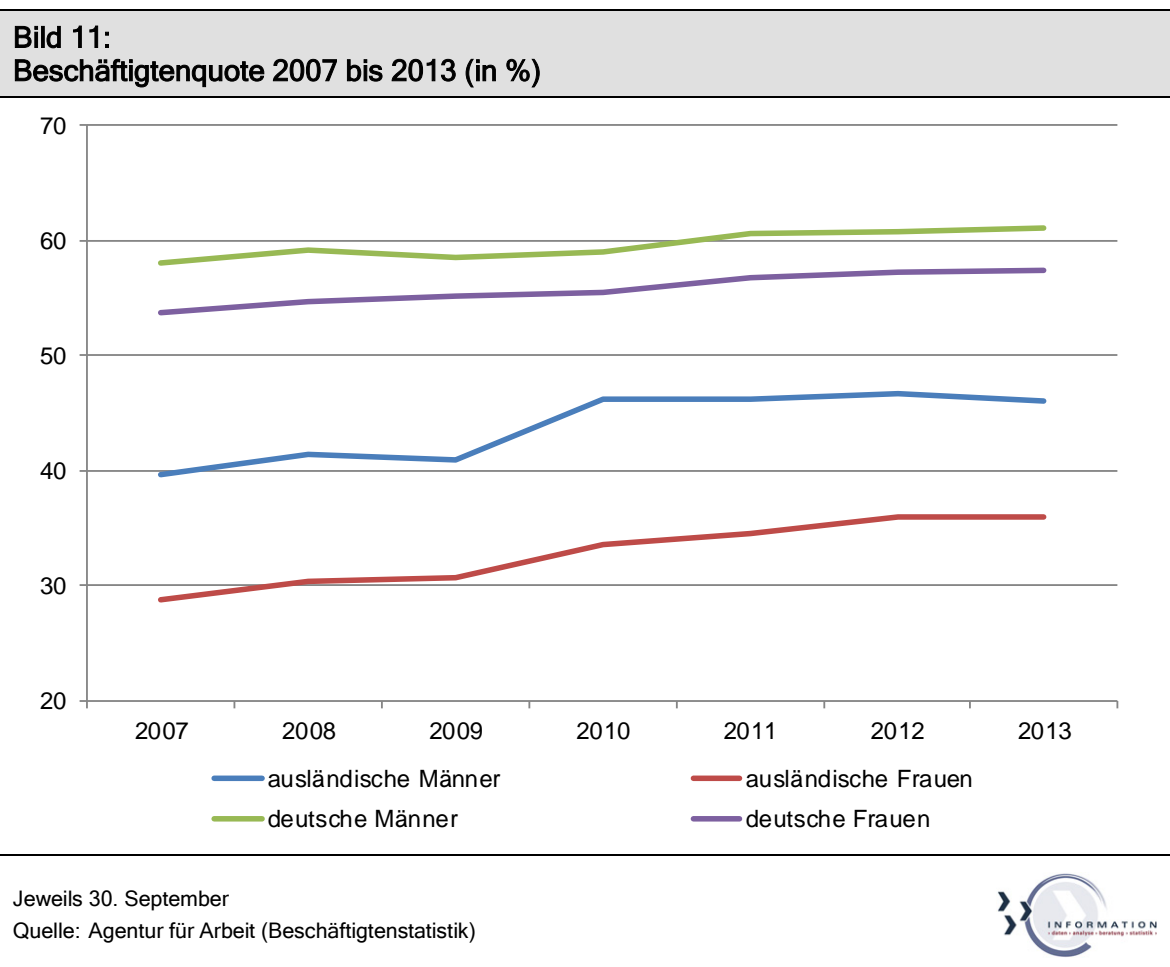
A.3.1 Beschäftigtenquote

<i>Definition</i>	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung
<i>Relevanz</i>	Die Beschäftigtenquote gibt Auskunft darüber, inwieweit die Wiesbadener Ausländerinnen und Ausländer in den Arbeitsmarkt der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung integriert sind. Eine gelingende Partizipation am Arbeitsmarkt bildet eine Voraussetzung für die Erzielung eines eigenen Einkommens, das wiederum eine selbstbestimmte Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe erleichtert. Nicht zuletzt ermöglicht der Arbeitsplatz Kontakte zwischen Deutschen und Zugewanderten, die einen wichtigen Stellenwert für die Integration haben.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich
<i>Methodische Hinweise</i>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind nur eine Teilgruppe der Erwerbstätigen. Erfasst werden alle Angestellten, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen; Selbständige, Beamte und mithelfende Familienangehörige sind nicht enthalten.

**Tab. 11:
Beschäftigtenquote 2007 bis 2013 (in %)**

Jahr	Ausländer			Deutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2007	34,3	39,7	28,7	55,8	58,1	53,7
2008	36,0	41,4	30,4	56,8	59,1	54,6
2009	35,9	41,0	30,7	56,8	58,5	55,2
2010	39,8	46,2	33,5	57,2	59,0	55,4
2011	40,4	46,2	34,6	58,6	60,6	56,7
2012	41,4	46,7	36,0	58,9	60,7	57,2
2013	41,1	46,1	36,0	59,2	61,1	57,4

Jeweils 30. September
Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)

*Tendenziell steigende
Beschäftigtenquote*

41 % der 18- bis 64-jährigen Ausländer und 59 % der erwerbsfähigen Deutschen gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach - mit steigender Tendenz. Besonders gering ist die Erwerbsbeteiligung

ausländischer Frauen, die allerdings seit einigen Jahren - mit Ausnahme des letzten - überdurchschnittlich steigt.

A.3.2 Berufliche Qualifikation der Beschäftigten

<i>Definition</i>	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort nach formaler beruflicher Ausbildung an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
<i>Relevanz</i>	Die formale berufliche Qualifikation ist eine wesentliche Voraussetzung, um Positionen mit angemessenem Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit zu erreichen. Gerade in Deutschland sind für fast alle Berufe spezifische Ausbildungsgänge und -inhalte vorgeschrieben. Folglich ist es als Integrationshemmnis zu interpretieren, wenn Ausländer/-innen keine Berufsausbildung haben oder ihre im Ausland erworbene Ausbildung nicht anerkannt wird. Demgegenüber steigen die Chancen zur Integration, wenn aufgrund einer guten beruflichen Qualifikation entsprechende Positionen auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden können.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September. Für das Jahr 2011 30. Juni, für das Jahr 2012 31. Dezember)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich
<i>Methodische Hinweise</i>	Aufgrund einer Umstellung im Meldeverfahren zur Sozialversicherung liegen zwischen dem 30.06.2011 und dem 31.12.2012. keine Informationen zum höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss vor. Beim Vergleich von Daten ab dem Stichtag 31.12.2012 mit denen vorangegangener Stichtage ist zu beachten, dass Arbeitgeber im Zuge der Umstellung die Angaben zum Berufsabschluss ihrer Beschäftigten häufig korrigiert haben, so dass sich allein aufgrund dessen die Struktur der Abschlüsse verändert hat - auf Bundesebene leicht zugunsten abgeschlossener Berufsausbildungen und akademischer Ab-

schlüsse. Einschränkend muss angemerkt werden, dass insbesondere bei ausländischen Beschäftigten der Anteil, bei denen keine Angabe zur beruflichen Qualifikation vorliegt, bei gut 35 % liegt.

Während in den bisherigen Monitoring-Berichten eine Zuordnung zum Arbeitsort Wiesbaden vorgenommen wurde, beziehen sich jetzt alle Angaben auf die Beschäftigten am Wohnort Wiesbaden.

Tab. 12: Berufliche Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2007 bis 2013							
Art der beruflichen Ausbildung	Jahr	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
		Ausländer			Deutsche		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		%			%		
ohne Berufsausbildung	2007	29,3	29,2	29,5	14,0	14,0	14,0
	2008	28,6	28,9	28,1	14,0	14,2	13,8
	2009	27,5	27,7	27,4	13,8	14,1	13,5
	2010	26,3	26,7	25,7	13,3	13,7	12,9
	2011	24,8	25,3	24,1	12,2	12,6	11,9
	2012	23,5	24,1	22,8	11,6	12,3	10,9
	2013	23,1	24,2	21,5	11,7	12,4	11,0
mit Berufsausbildung	2007	29,8	29,5	30,2	52,3	49,7	55,0
	2008	29,0	28,6	29,7	51,0	48,5	53,5
	2009	28,0	27,5	28,6	50,3	47,7	52,8
	2010	27,6	26,6	29,0	49,6	46,8	52,3
	2011	28,2	27,0	29,8	49,4	46,7	52,2
	2012	28,6	28,2	29,2	50,5	47,9	53,1
	2013	28,8	27,8	30,1	50,2	47,6	52,8
mit (Fach-) Hochschulbildung	2007	6,8	6,6	7,1	15,8	18,7	12,8
	2008	7,1	7,0	7,3	16,2	18,9	13,4
	2009	7,7	7,7	7,7	16,7	19,5	13,9
	2010	7,9	7,7	8,2	17,1	19,6	14,6
	2011	8,2	7,9	8,6	17,7	20,3	15,2
	2012	10,6	9,8	11,7	20,3	22,5	18,1
	2013	10,6	9,6	11,9	20,5	22,5	18,5

Jeweils 30. September (2011: 30.06., 2012: 31.12.)
Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)


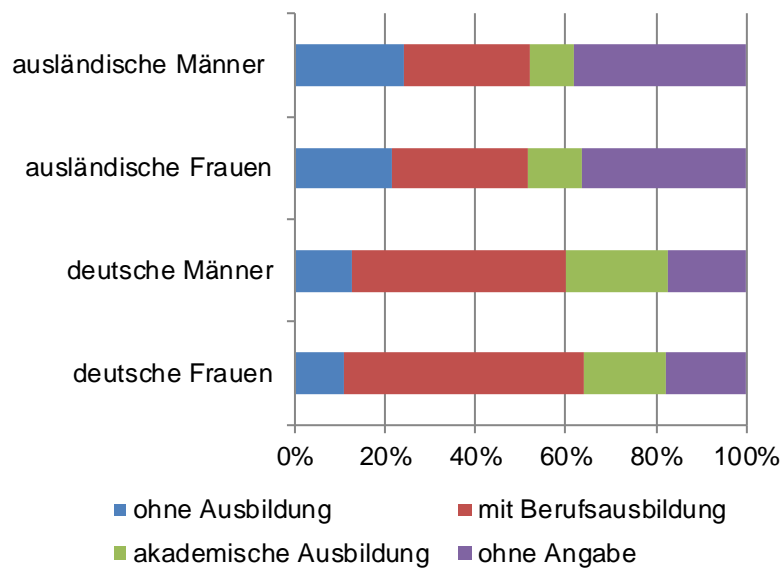


Bild 12:
Berufliche Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2013



30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



*Qualifikationsniveau
 der ausländischen Beschäftigten
 steigt*

Nach wie vor unterscheidet sich die bekannte formale berufliche Bildung der deutschen und ausländischen Beschäftigten erheblich voneinander. Fast jeder vierte ausländische Mann und jede fünfte ausländische Frau hat keine anerkannte Berufsausbildung - bei den deutschen Beschäftigten ist das lediglich bei jeder bzw. jedem Zehnten der Fall. Positiv ist zu vermerken, dass der Anteil der formal nicht Qualifizierten seit Jahren kontinuierlich sinkt - und die Akademikerquote bei den ausländischen Beschäftigten steigt: von 7 % im Jahr 2007 zu 11 % im Jahr 2013.

A.3.3 Geringfügige Beschäftigung

<i>Definition</i>	Anteil geringfügig Beschäftigter am Wohnort an der Beschäftigung (sozialversicherungspflichtige + geringfügige) insgesamt
<i>Relevanz</i>	Eine ausschließlich geringfügige Beschäftigung kann als prekäres Arbeitsverhältnis angesehen werden mit negativen Auswirkungen im Hinblick auf Einkommenshöhe, Arbeitsplatzsicherheit und mangelnde soziale Absicherung.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich
<i>Methodische Hinweise</i>	Berücksichtigt werden diejenigen Minijobber, die ausschließlich eine geringfügige Beschäftigung ausüben, nicht diejenigen, die zusätzlich zu einer regulären Beschäftigung einen 450-Euro Job haben.

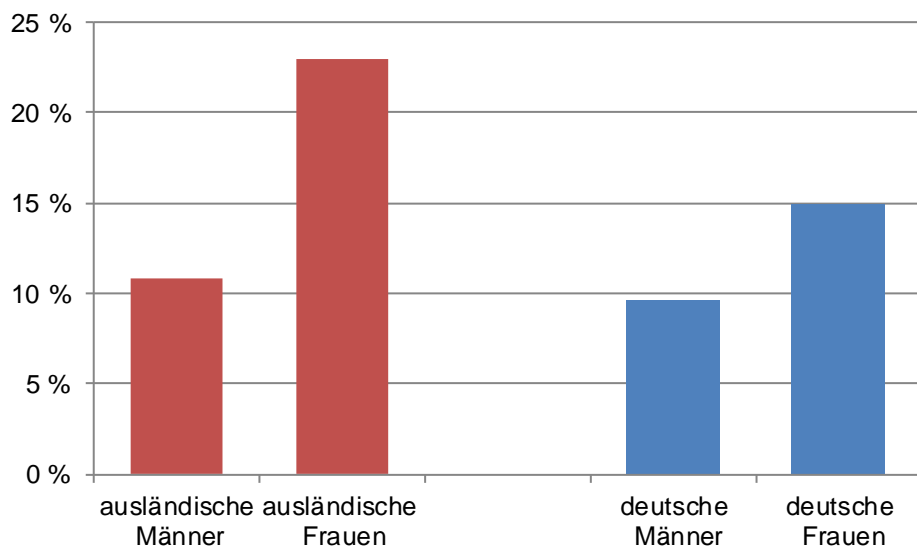
Tab. 13:
Geringfügige Beschäftigung 2007 bis 2013

Jahr	ausländische Minijobber			deutsche Minijobber		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	16,6	10,5	24,0	12,9	9,2	16,3
2008	16,2	9,7	23,8	12,7	9,3	15,9
2009	17,6	11,4	24,7	13,0	9,8	16,0
2010	17,0	11,2	23,8	12,9	9,7	15,8
2011	16,4	10,6	23,2	12,7	9,7	15,4
2012	16,3	10,7	22,7	12,5	9,7	15,2
2013	16,5	10,8	23,0	12,3	9,6	14,9

Jeweils 30. September
Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Bild 13:
Geringfügige Beschäftigung 2013



30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Minijobquote bei ausländischen Frauen am höchsten

Ausländer nehmen deutlich häufiger als Deutsche eine geringfügige Beschäftigung auf: Im Jahr 2013 arbeiten 17 % aller ausländischen und 12 % der deutschen Angestellten ausschließlich in einem Minijob. Erfreulicherweise hat sich dieser Anteil - sowohl bei den Deutschen als auch bei den Ausländern - seit dem Jahr 2009 etwas verringert. Allerdings ist im vergangenen Jahr die Minijobquote der Ausländer wieder etwas angestiegen. In beiden Bevölkerungsgruppen sind vor allem die Frauen lediglich geringfügig beschäftigt - bei den ausländischen Frauen ist es knapp jede Vierte.

A.3.4 Arbeitslosigkeit

Definition

Anteil der registrierten Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose)

Relevanz

Eine hohe Arbeitslosigkeit ist ein Anzeichen für misslungene Integration in den Arbeitsmarkt.

Datenquelle

Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik), eigene Berechnungen (jeweils September)

Migrationshintergrund

Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

Tab. 14:
Arbeitslosenquoten 2007 bis 2013

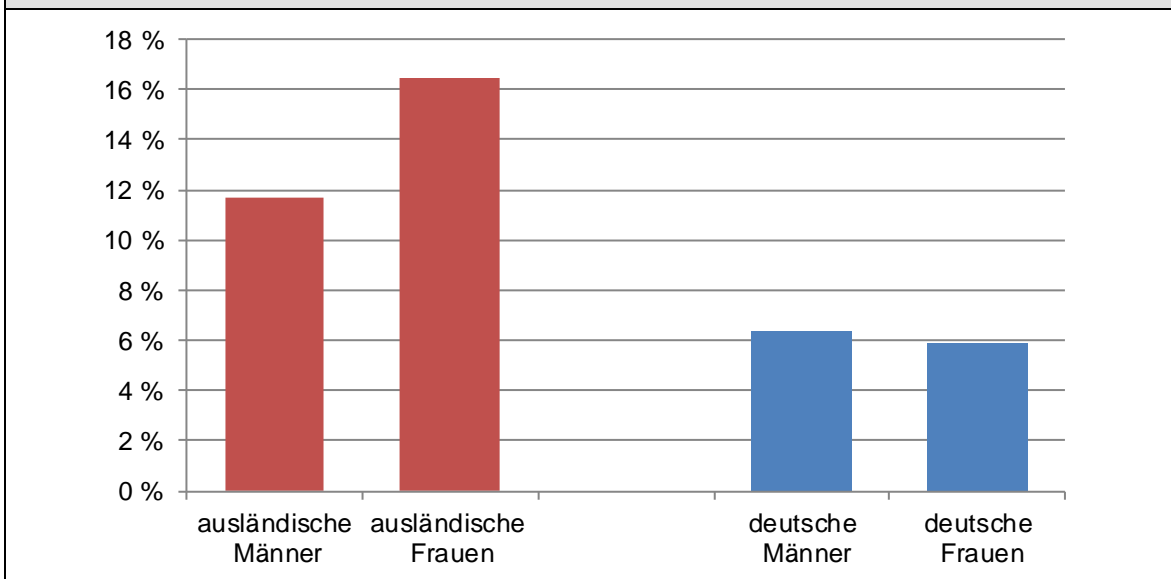
Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	15,3	13,0	18,3	6,9	7,0	6,7
2008	13,5	11,2	16,5	6,0	6,0	6,0
2009	15,2	12,9	18,2	6,9	7,1	6,8
2010	14,8	12,3	17,9	6,8	7,0	6,6
2011	13,3	11,1	16,1	5,9	6,1	5,8
2012	13,7	11,6	16,5	6,1	6,3	5,9
2013	13,9	11,7	16,5	6,1	6,4	5,9

Jeweils September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



Bild 14:
Arbeitslosenquoten 2013



September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



*Ausländer stärker
von Arbeitslosigkeit betroffen
als Deutsche*

Ausländerinnen und Ausländer sind immer noch doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Deutsche. Die aktuelle Arbeitslosenquote der Ausländer/-innen liegt bei 13,9 %, die der Deutschen beträgt 6,1 %. Eine wesentliche Ursache liegt sicherlich im unterschiedlichen beruflichen Qualifikationsniveau der deutschen und ausländischen Bevölkerung. Während deutsche Frauen weniger häufig als Arbeitslose registriert sind als deutsche Männer, ist es bei den Ausländerinnen umgekehrt.

A.3.5 Jugendarbeitslosigkeit

Definition

Anteil der registrierten unter 25-jährigen Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an den unter 25-jährigen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose)

Relevanz

Wenn Ausländerinnen und Ausländer schon in jungen Jahren keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt finden, ist das ein besonders prekäres Zeichen nicht gelungener Integration.

Datenquelle

Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik), eigene Berechnungen (jeweils September)


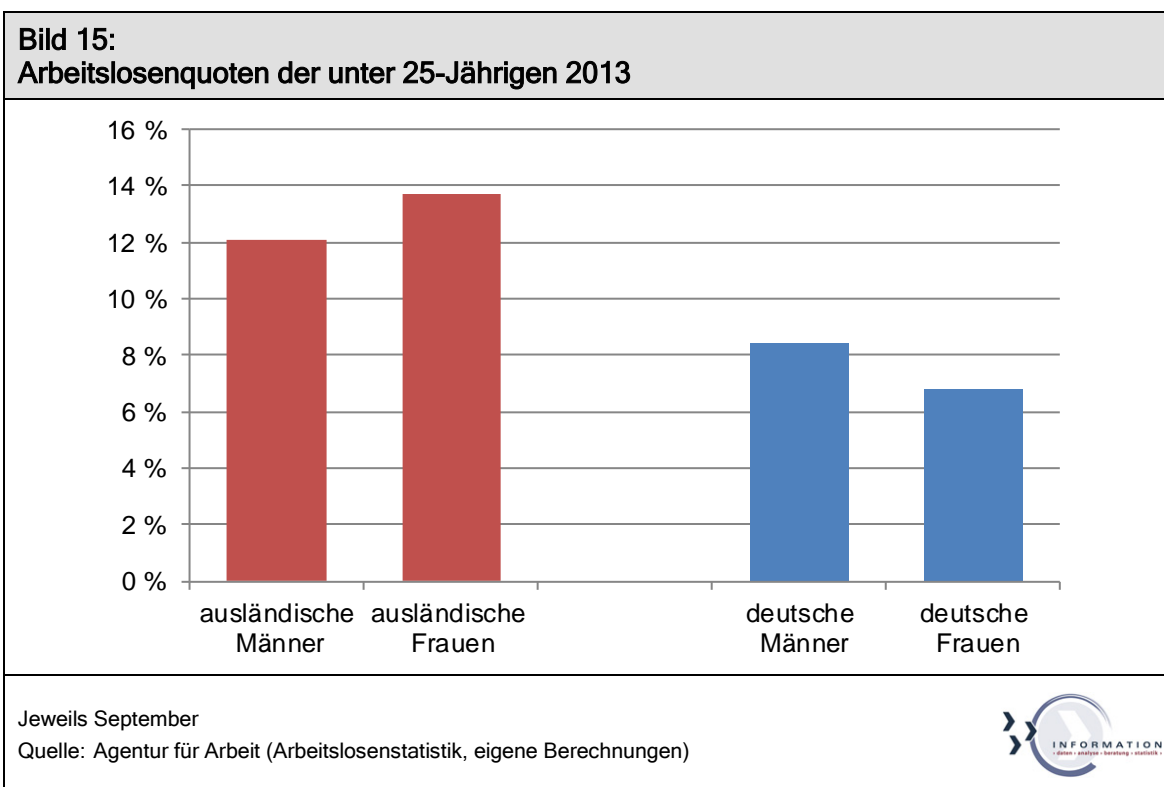
Migrationshintergrund

Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

Tab. 15:
Arbeitslosenquoten der unter 25-Jährigen 2007 bis 2013

Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	15,9	14,4	17,6	8,5	9,1	7,9
2008	15,1	14,2	16,1	8,4	8,7	8,2
2009	14,1	12,9	15,4	9,2	9,8	8,7
2010	16,2	14,7	17,9	9,1	10,1	8,2
2011	11,9	11,8	12,0	7,6	7,7	7,5
2012	12,6	12,7	12,4	7,5	8,1	6,9
2013	12,8	12,1	13,7	7,6	8,4	6,8

Jeweils September
Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)

Arbeitslosigkeit ausländischer junger Frauen am höchsten

Die Arbeitslosigkeit der unter 25-jährigen Ausländerinnen und Ausländer (12,8 %) liegt über der der jungen Deutschen (7,6 %). Junge ausländische Frauen sind dabei häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als junge Männer - im Vergleich zum Vorjahr ist ihre Arbeitslosenquote zudem besonders deutlich gestiegen.

A.3.6 SGB II-Bezugsquote

<i>Definition</i>	Anteil der erwerbsfähigen Leistungsbezieher nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) an der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung
<i>Relevanz</i>	Sozialleistungen nach dem SGB II erhalten Personen, die entweder langzeitarbeitslos sind oder deren Einkommen unter dem Regelsatz liegt („Aufstocker“). Eine hohe SGB II-Quote ist somit ein Indikator für eine mangelnde Integration in den Arbeitsmarkt und wird auch allgemein als Armutsrisiko angesehen.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Statistik zur Grundsicherung für Arbeitssuchende, jeweils September)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

Tab. 16:
SGB II-Bezugsquote 2007 bis 2013

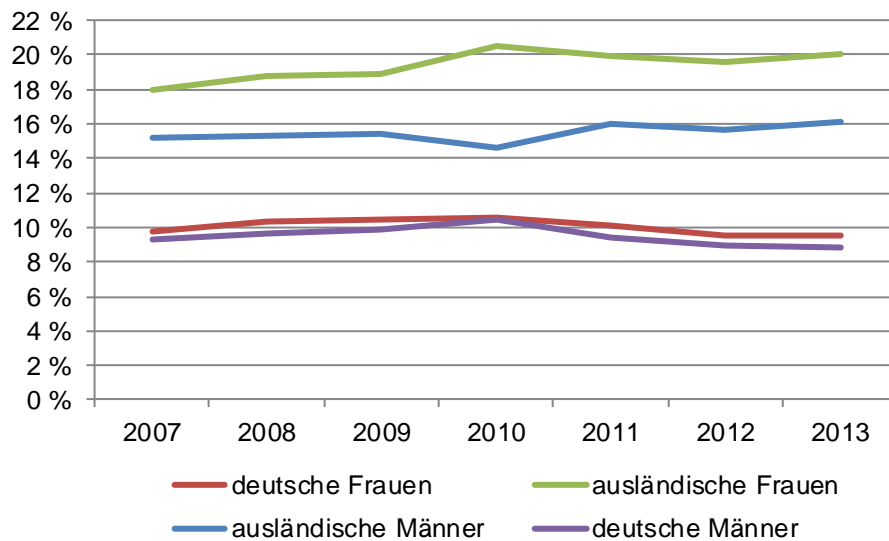
Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	16,6	15,2	18,0	9,6	9,3	9,8
2008	17,0	15,4	18,7	10,0	9,6	10,3
2009	17,2	15,5	18,9	10,2	9,9	10,5
2010	17,4	14,6	20,6	10,5	10,4	10,6
2011	18,0	16,0	19,9	9,8	9,4	10,1
2012	17,6	15,7	19,6	9,2	8,9	9,6
2013	18,1	16,1	20,1	9,2	8,8	9,6

Jeweils September

Quelle: Agentur für Arbeit (Grundsicherungsstatistik)



Bild 16:
SGB II-Bezugsquote 2007 bis 2013



Jeweils September

Quelle: Agentur für Arbeit (Grundsicherungsstatistik)



*Ausländische Frauen am
ehesten auf Sozialleistungen
angewiesen*

Im Jahr 2013 sind 18 % aller ausländischen und 9 % aller deutschen Wiesbadener im erwerbsfähigen Alter auf SGB II-Leistungen angewiesen. Dabei klafft die Schere immer weiter auseinander: Seit dem Jahr 2010 ist die SGB II-Quote der Deutschen gesunken, die der Ausländerinnen und Ausländer tendenziell gestiegen. Frauen - insbesondere aber die ausländischen Frauen - sind eher auf staatliche Sozialleistungen angewiesen als Männer.

3.4 Integration in den Wohnungsmarkt

A.4.1 Segregationsindex

Definition

Der Segregationsindex⁵ berechnet sich aus der Summe der absoluten Differenzen zwischen den Anteilen verschiedener Bevölkerungsgruppen in den städtischen Teilgebieten. Im Rahmen des Integrationsmonitorings wird das Ausmaß der *ethnischen* Segregation quantifiziert.

$$\frac{1}{2} \sum_{i=1}^n \left| \frac{a(i)}{A} - \frac{b(i)}{B} \right| \cdot 100$$

mit

$a(i)$ = Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Planungsraum i

A = Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Wiesbaden

$b(i)$ = Bevölkerung ohne Migrationshintergrund im Planungsraum i

B = Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in Wiesbaden

n = Zahl der Planungsräume in Wiesbaden (= 143)

Relevanz

Der Indikator, dessen Wert zwischen 0 und 100 liegt, misst die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf bestimmte Wohngebiete. Je höher der Segregationsindex ist, desto stärker konzentriert sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund innerhalb der Stadt. Würden beispielsweise in allen Stadtteilen (Planungsräumen) entweder nur Migranten oder nur Nicht-Migranten leben, so läge der Segregationsindex bei 100. Falls umgekehrt der Migrantenanteil in allen Stadtteilen gleich groß wäre, würde der Index den Wert 0 annehmen.

Es ist davon auszugehen, dass weniger segregierte Stadtteile oder Nachbarschaften bessere Bedingungen für Kontakt und Begegnung bereitstellen als stärker seg-

⁵ DUNCAN, O.D./DUNCAN, B.: Residential Distribution and Occupational Stratification. In: American Journal of Sociology 60 (1955), S. 493 - 503.

regierte Stadtteile. Letztlich gibt der Segregationsindex Hinweise auf Kontaktchancen, lässt aber keine Rückschlüsse auf die Existenz von freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen zu.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen (jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund.

Methodische Hinweise

Der Indexwert kann interpretiert werden als das Ausmaß in Prozent, in dem die Mitglieder einer der betrachteten Teilgruppen umziehen müssten, um eine Gleichverteilung über alle städtischen Teilgebiete (hier: Planungsräume) zu erreichen.

**Tab. 17:
Segregationsindex der Bevölkerung
mit Migrationshintergrund 2003 bis 2013**

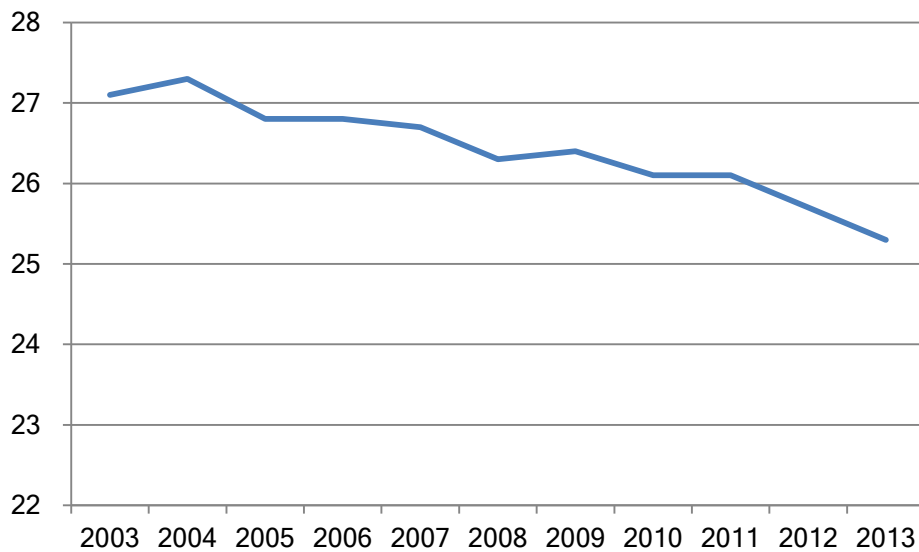
Jahr	Segregationsindex
2003	27,1
2004	27,3
2005	26,8
2006	26,8
2007	26,7
2008	26,3
2009	26,4
2010	26,1
2011	26,1
2012	25,7
2013	25,3

Jeweils 31. Dezember

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen,
eigene Berechnungen



Bild 17:
Segregationsindex der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2003 bis 2013



Jeweils 31. Dezember

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, eigene Berechnungen



Tendenz sinkend

Im Beobachtungszeitraum ist eine leicht rückläufige Tendenz auszumachen. Das heißt: Die räumliche Konzentration der Migranten auf einzelne Stadtteile hat geringfügig abgenommen. Aber noch immer müsste - rein rechnerisch - mehr als ein Viertel der Migrantenbevölkerung (oder alternativ: der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund) in einen anderen Planungsraum umziehen, um eine Gleichverteilung innerhalb der Stadt herzustellen.

A.4.2 Wohnungseigentümerquote

Definition

Anteil der Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum an allen Haushalten

Relevanz

Die Eigentümerquote misst die Integration in den Wohnungs- und Immobilienmarkt. Sie gibt einerseits Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, andererseits ist sie ein Indikator für eine dauerhafte Aufenthaltsorientierung.

<i>Datenquelle</i>	Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltegenerierung; Amt für Bodenmanagement (jeweils 31. Dezember)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund
<i>Methodische Hinweise</i>	Betrachtet werden Haushalte, in denen ausschließlich Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund leben. „Gemischte“ Haushalte werden nicht berücksichtigt.

Tab. 18:
Wohnungseigentümerquote 2006 bis 2013

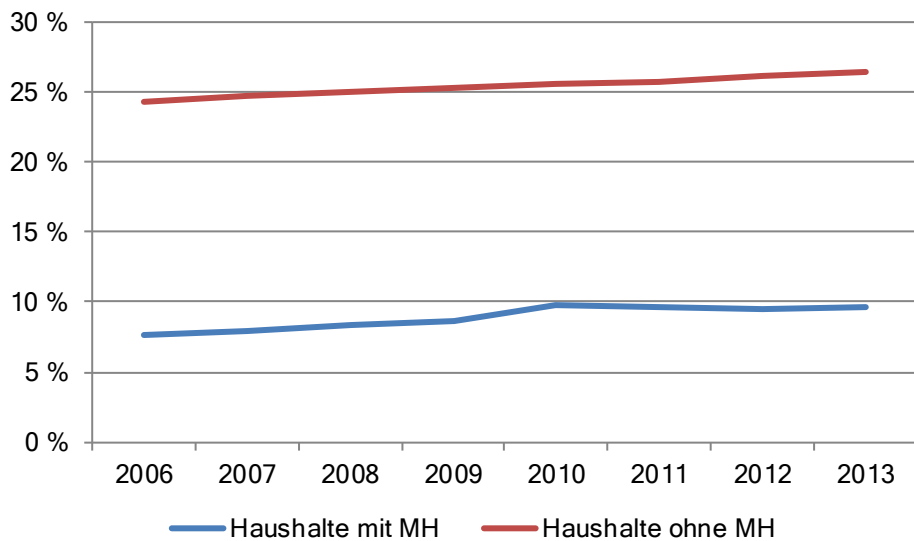
Jahr	Eigentümerquote von Haushalten	
	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
	%	%
2006	7,6	24,3
2007	8,0	24,8
2008	8,4	25,1
2009	8,6	25,3
2010	9,7	25,7
2011	9,6	25,8
2012	9,6	26,2
2013	9,6	26,5

Jeweils 31. Dezember.

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltegenerierung; Amt für Bodenmanagement



Bild 18:
Wohnungseigentümerquote 2006 bis 2013



MH = Migrationshintergrund

Jeweils 31. Dezember.

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltegenerierung; Amt für Bodenmanagement



*Nur wenige Migranten leben in
 den eigenen vier Wänden*

Im Beobachtungszeitraum lässt sich ein leichter Anstieg der Eigentümerquoten feststellen. Aktuell erreicht der Anteil der Haushalte, die über selbstgenutztes Wohneigentum verfügen, bei Migranten 9,6 % und liegt damit nicht einmal halb so hoch wie bei Einheimischen (26,5 %).

4 Indikatoren zur kulturellen Integration

B.1 Spracherwerb

Definition

Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern deutsch sprechen.

Relevanz

Der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten kommt für die kulturelle Integration eine Schlüsselrolle zu. Von den Sprachkenntnissen hängt der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt ab. Unzureichende Sprachkenntnisse dagegen schränken die Kontakt- und Informationsmöglichkeiten ein. Umso entscheidender ist eine

frühzeitige Beherrschung der deutschen Sprache und - wenn es daran mangelt - eine rechtzeitige und wirksame Sprachförderung.

Datenquelle

Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)

Migrationshintergrund

Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.

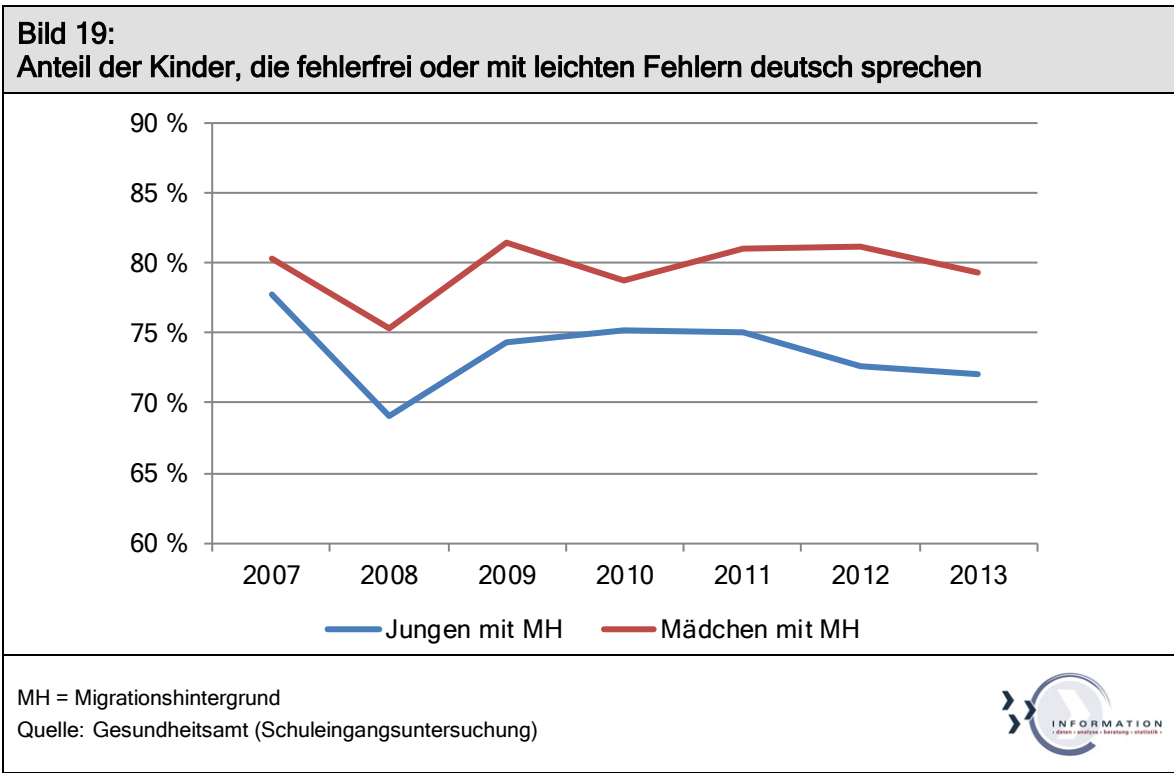
Methodische Hinweise

Der Befund wird nur bei Kindern mit Migrationshintergrund erhoben. Der Indikator entstammt dem ursprünglich von nordrhein-westfälischen Gesundheitsbehörden entwickelten und eingesetzten „Screening des Entwicklungsstandes bei Einschulungsuntersuchungen“ (S-ENS), das der Erfassung von Entwicklungsstörungen dient und bei Migrantenkindern die Deutschkenntnisse auf einer fünfstufigen Skala misst.

**Tab. 19:
Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern deutsch sprechen**

Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen
%			
2007	78,9	77,8	80,3
2008	72,0	69,0	75,3
2009	77,9	74,4	81,5
2010	76,8	75,2	78,7
2011	77,7	75,0	81,0
2012	76,7	72,6	81,2
2013	75,6	72,0	79,4

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Drei von vier Schulanfängern ausländischer Herkunft sprechen fehlerfrei oder mit leichten Fehlern Deutsch

Bei der letzten Schuleingangsuntersuchung wurde festgestellt, dass in Wiesbaden 75,6 % der Kinder ausländischer Herkunft Deutsch fehlerfrei oder mit nur leichten Fehlern sprechen. Mädchen zeigen eindeutig bessere Sprachfähigkeiten als Jungen.

B.2 Gesundheit / Übergewicht

Definition

Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern

Relevanz

Der Gesundheitszustand ist eine wesentliche Dimension der Lebenslage und hat Einfluss auf zahlreiche andere Bereiche. Die Prävalenz von Übergewicht indiziert ein erhöhtes Gesundheitsrisiko, denn übergewichtige Kinder leiden vermehrt an orthopädischen Beschwerden und weisen motorische Defizite auf.

Ein Zusammenhang zwischen Übergewicht und Migrationshintergrund ist aufschlussreich für die Ausrichtung von Präventionsmaßnahmen. Unterschiede können - neben dem Sozialstatus - auf das kulturell geprägte Ess- und Freizeitverhalten zurückgeführt werden.

Datenquelle

Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)

Migrationshintergrund

Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.

Methodische Hinweise

Grundlage für die Diagnose von Übergewicht bei Kindern sind die alters- und geschlechtsspezifischen Referenzwerte für den Body-Mass-Index.⁶

⁶ Kromeyer-Hauschild, K. und andere (2001): Perzentile für den Bodymass-Index für das Kindes- und Jugendalter unter Heranziehung verschiedener deutscher Stichproben. Monatsschrift Kinderheilkunde, S. 807 - 818.

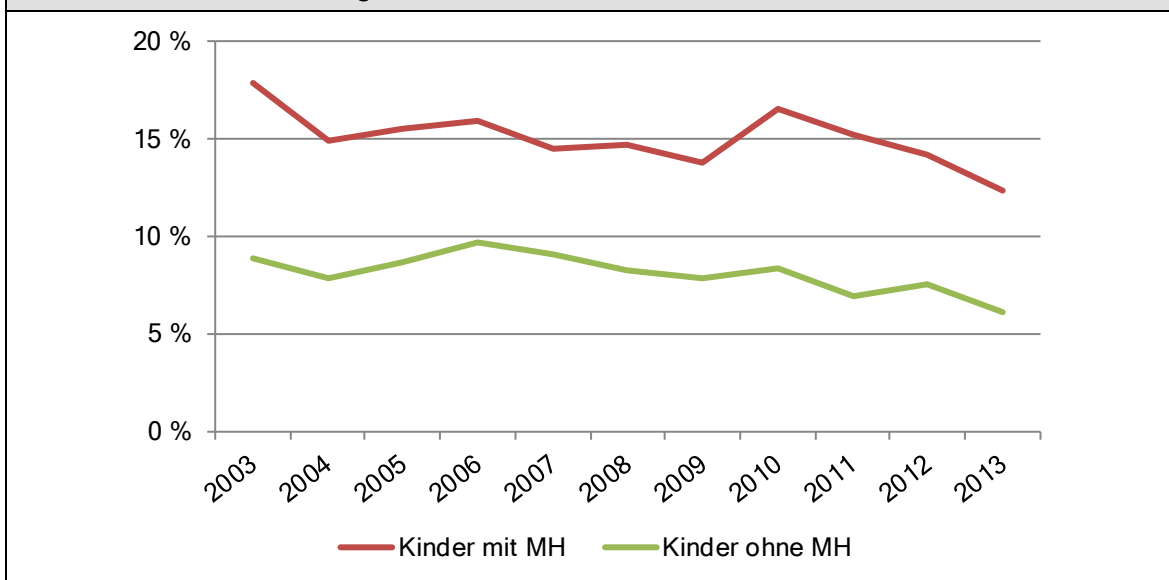
Tab. 20:
Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern

Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund			Kinder ohne Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen	zusammen	Jungen	Mädchen
	%			%		
2003	17,9	17,0	19,0	8,9	8,1	9,8
2004	14,9	15,6	14,1	7,8	8,3	7,4
2005	15,5	15,9	15,1	8,7	8,7	8,7
2006	15,9	16,9	14,7	9,7	10,8	8,5
2007	14,5	14,1	14,9	9,1	8,5	9,8
2008	14,7	14,5	14,9	8,2	7,2	9,2
2009	13,8	12,4	15,1	7,8	7,7	8,0
2010	16,5	18,0	14,8	8,3	8,1	8,5
2011	15,2	17,0	13,1	6,9	6,1	7,8
2012	14,2	15,4	12,9	7,5	7,3	7,7
2013	12,3	11,7	13,0	6,1	4,8	7,7

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Bild 20:
Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



*Kinder ausländischer Herkunft
häufiger zu dick*

Erfreulicherweise war auch im vergangenen Jahr der Anteil übergewichtiger Schulanfänger mit ausländischen Wurzeln insgesamt rückläufig. Allerdings wird der Befund „Übergewicht“ bei Kindern ausländischer Herkunft immer noch doppelt so häufig erhoben wie bei Kindern deutscher Eltern. Während bei Kindern ohne Migrationshintergrund eher die Mädchen übergewichtig sind, wechselt dies bei Kindern ausländischer Herkunft von Jahr zu Jahr.

5 Indikatoren zur sozialen Integration

C.1.1 Langer Aufenthalt in Deutschland

Definition

Anteil der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 20 und mehr Jahren in Deutschland an allen Ausländern

Relevanz

Mit zunehmender Aufenthaltsdauer geht in der Regel eine zunehmende Vertrautheit mit den Lebensbedingungen in Deutschland und damit eine große Chance zur sozialen Integration einher.

Datenquelle

Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Die Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit

Tab. 21:
Langer Aufenthalt (20 Jahre und länger)
in Deutschland 2003 bis 2013

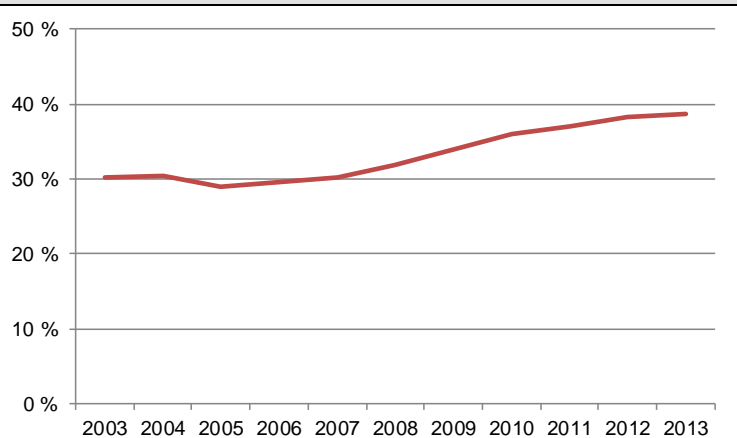
Jahr	Anteil langer Aufenthalt in Deutschland (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2003	30,2	31,4	28,9
2004	30,4	31,8	28,8
2005	28,9	30,5	27,4
2006	29,5	30,9	28,1
2007	30,2	31,4	29,0
2008	31,9	33,0	30,8
2009	33,8	34,9	32,6
2010	35,9	37,3	34,5
2011	36,9	38,1	35,7
2012	38,3	39,4	37,2
2013	38,6	39,5	37,8

Jeweils 31. Dezember

Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



Bild 21:
Langer Aufenthalt (20 Jahre und länger)
in Deutschland 2003 bis 2013



Jeweils 31. Dezember

Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)



*Anteil der Ausländer
mit langer Aufenthaltsdauer
steigt kontinuierlich an*

Fast 40 % aller in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer sind bereits seit 20 oder mehr Jahren in Deutschland. Seit dem Jahr 2005 steigt dieser Anteil kontinuierlich an. Der Anteil der Männer mit langer Aufenthaltsdauer ist etwas höher als der der Frauen.

C.1.2 In Deutschland Geborene

Definition

Anteil der in Deutschland geborenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund an allen Migranten

Relevanz

Es ist unstrittig, dass die Integrationschancen mit dem Erwerb der deutschen Sprache und einer erfolgreichen Teilnahme am deutschen Schul- und Ausbildungssystem steigen. Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland geboren sind, haben/hatten die Möglichkeit ihre komplette schulische und berufliche Ausbildung in Deutschland zu absolvieren.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen (jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

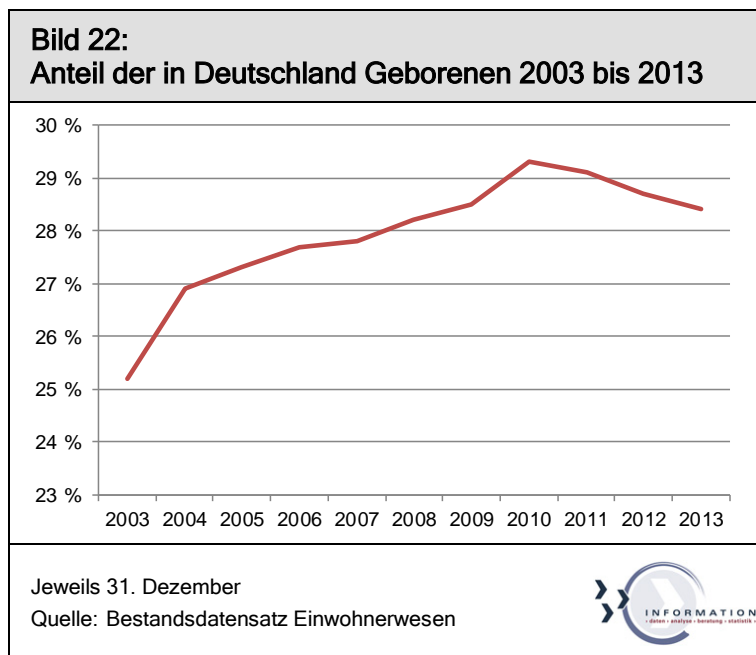
Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund

Tab. 22:
Anteil der in Deutschland Geborenen 2003 bis 2013

Jahr	Anteil der in Deutschland Geborenen (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2003	25,2	25,8	24,6
2004	26,9	27,4	26,3
2005	27,3	28,0	26,5
2006	27,7	28,5	27,0
2007	27,8	28,6	26,9
2008	28,2	29,0	27,3
2009	28,5	29,5	27,5
2010	29,3	30,4	28,2
2011	29,1	30,1	28,1
2012	28,7	29,6	27,7
2013	28,4	29,3	27,5

Jeweils 31. Dezember
Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen





*Wieder leichter Rückgang
des Anteils in Deutschland
Geborener*

Fast 30 % der Wiesbadener mit Migrationshintergrund sind in Deutschland zur Welt gekommen. Von 2003 bis 2010 hat sich dieser Anteil stetig erhöht, seit 2010 sinkt er wieder. Ursache ist hier vermutlich die vermehrte Zuwanderung aus den südeuropäischen „Krisenländern“ und aus Rumänien und Bulgarien.

C.2.1 Einheiratsquote

Definition

Anteil der eheschließenden Migranten, die eine/n Partner/in ohne Migrationshintergrund heiraten.

Relevanz

Die Häufigkeit interethnischer Eheschließungen gilt als Maßstab dafür, inwieweit sich Zuwanderer in die Lebensverhältnisse und die Kultur der Aufnahmegesellschaft eingegliedert haben.

Datenquelle

Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort oder Einbürgerung

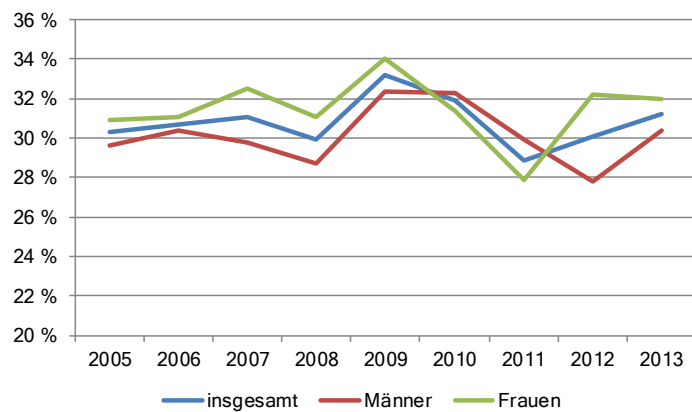
**Tab. 23:
Einheiratsquote 2005 bis 2013**

Jahr	Einheiratsquote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2005	30,3	29,6	30,9
2006	30,7	30,4	31,1
2007	31,1	29,8	32,5
2008	29,9	28,7	31,1
2009	33,2	32,4	34,0
2010	31,9	32,3	31,4
2011	28,9	29,9	27,9
2012	30,1	27,8	32,2
2013	31,2	30,4	32,0

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



**Bild 23:
Einheiratsquote 2005 bis 2013**



Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



*Knapp ein Drittel
der Migrant/-innen
heiraten Einheimische*

Die Einheiratsquote lag in den letzten Jahren um 30 %, d. h. rund drei von zehn Personen ausländischer Herkunft, die heirateten, schlossen die Ehe mit einem Partner ohne Migrationshintergrund. Frauen ausländischer Herkunft heiraten in der Regel etwas häufiger in die deutsche Gesellschaft ein als Männer.

C.2.2 Einreise zur Eheschließung

Definition

Anteil der erst nach Eheschließung eingereisten Partner in Ehen zwischen Personen mit Migrationshintergrund

Relevanz

Verbindungen unter Migranten, bei denen ein Partner bei der Hochzeit (noch) im Ausland lebt, gelten als ein Integrationshemmnis: Wenn Zuwanderer ihre Ehepartner in den Herkunftsgesellschaften suchen, besteht das Risiko, dass sich die aus dem Ausland nachziehenden Ehegatten erst integrieren müssen und dass die aus diesen Ehen hervorgehenden Kinder in einem vom Herkunftsland geprägten Haushalt aufwachsen.

Datenquelle

Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort oder Einbürgerung

Methodische Hinweise

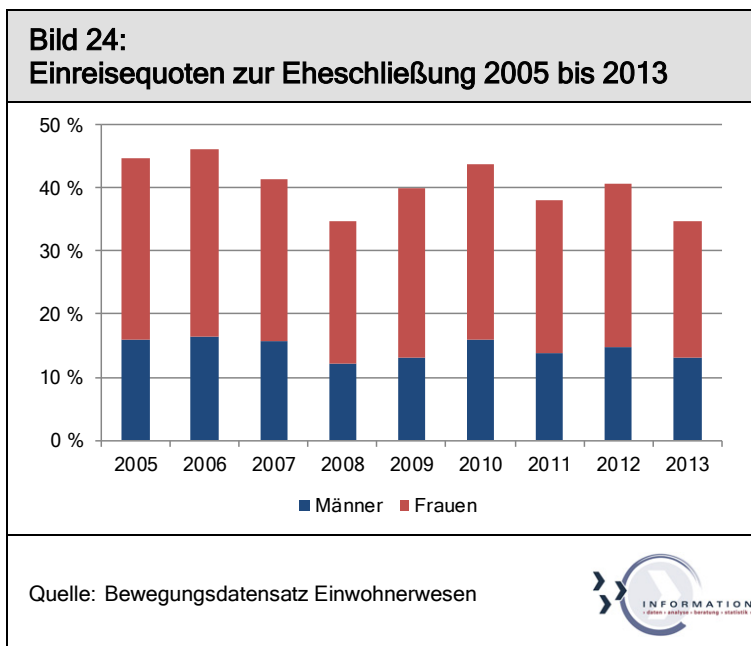
Die Tatsache, dass ein Ehepartner bis zur Hochzeit noch im Ausland lebt, sagt nichts darüber aus, ob es sich um eine arrangierte Eheanbahnung oder gar um eine Zwangsverheiratung handelt. Derartige Sachverhalte lassen sich anhand der Bevölkerungsstatistik nicht abbilden.

Tab. 24:
Einreise zur Eheschließung 2005 bis 2013

Jahr	Einreisequote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2005	44,8	15,9	28,9
2006	46,2	16,5	29,7
2007	41,4	15,8	25,6
2008	34,7	12,1	22,6
2009	40,0	13,2	26,8
2010	43,8	16,0	27,8
2011	38,0	13,8	24,3
2012	40,7	14,8	25,9
2013	34,8	13,2	21,6

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen





*Partnersuche im Herkunftsland
bei jeder dritten Ehe*

Im vergangenen Jahr hatte bei 34,8 % der Eheschließungen zwischen Migranten einer der beiden Partner den Wohnsitz im Ausland. In zwei Dritteln der Fälle handelte es sich dabei um die Ehefrau.

C.2.3 Haushalte gemischter Herkunft

Definition

Anteil der Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben, an allen Haushalten

Relevanz

Der Indikator misst die Häufigkeit des Zusammenlebens von Migranten mit Einheimischen und damit die soziale Integration in die Privatsphären der Aufnahmegesellschaft.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltgenerierung (jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund

Tab. 25:
Anteil gemischt-ethnischer Haushalte
an allen Haushalten (in %)

Jahr	Anteil gemischter Haushalte
2003	8,0
2004	7,6
2005	7,6
2006	7,6
2007	7,7
2008	7,8
2009	8,0
2010	8,3
2011	8,5
2012	8,6
2013	8,8

Jeweils 31. Dezember.
 Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltegenerierung


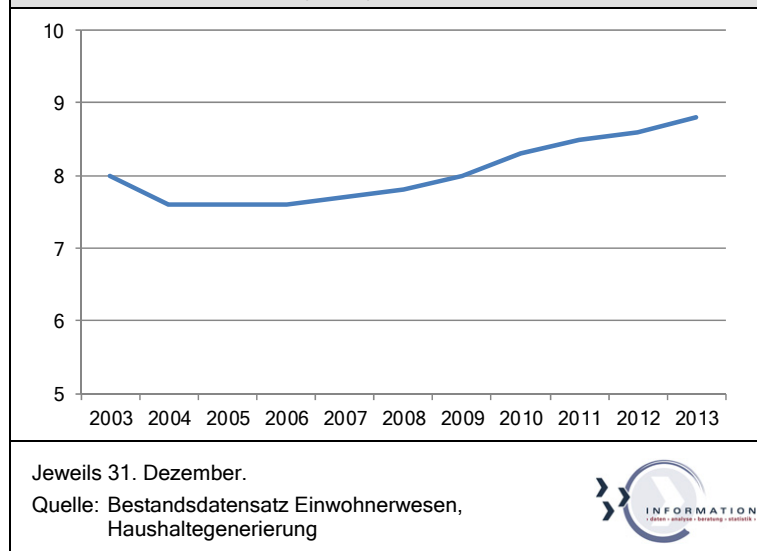


Bild 25:
Anteil gemischt-ethnischer Haushalte
an allen Haushalten (in %)



*Jeder elfte Haushalt
 gemischt-ethnisch*

Derzeit leben in knapp 9 % aller Wiesbadener Haushalte Personen mit und ohne Migrationshintergrund - seit 2007 mit steigender Tendenz.

6 Indikatoren zur identifikatorischen Integration


D.1 Einbürgerungsquote

<i>Definition</i>	Quotient aus der jährlichen Zahl der Einbürgerungen und der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einem Einbürgerungsanspruch; insgesamt und differenziert nach Geschlecht
<i>Relevanz</i>	<p>Die Einbürgerung kann als Meilenstein der individuellen Integration oder sogar als Abschluss gelungener Integration angesehen werden. Erst die Einbürgerung vermittelt alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Eine Einbürgerung kann auch als Ausdruck der Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland gedeutet werden.</p> <p>Durch den Bezug auf die Einbürgerungsberechtigten zeigt der Indikator, inwieweit das Einbürgerungspotential ausgeschöpft wird.</p>
<i>Datenquelle</i>	Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik); Ausländerbehörde (LaDiVA)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit
<i>Methodische Hinweise</i>	<p>Bei der Berechnung des Indikators werden nur die sogenannten Anspruchseinbürgerungen nach § 10 Staatsangehörigkeitsgesetz gezählt, nicht aber die Ermessenseinbürgerungen.</p> <p>Bezugsgröße ist die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die einen eigenständigen Anspruch auf Einbürgerung haben: Sie sind mindestens 16 Jahre alt, haben seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland und verfügen über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder sind freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger. Ob weitere rechtliche Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt sind (z. B. Sicherung des Lebensunterhalts, Deutschkenntnisse oder Straffreiheit), kann hier nicht berücksichtigt werden.</p>

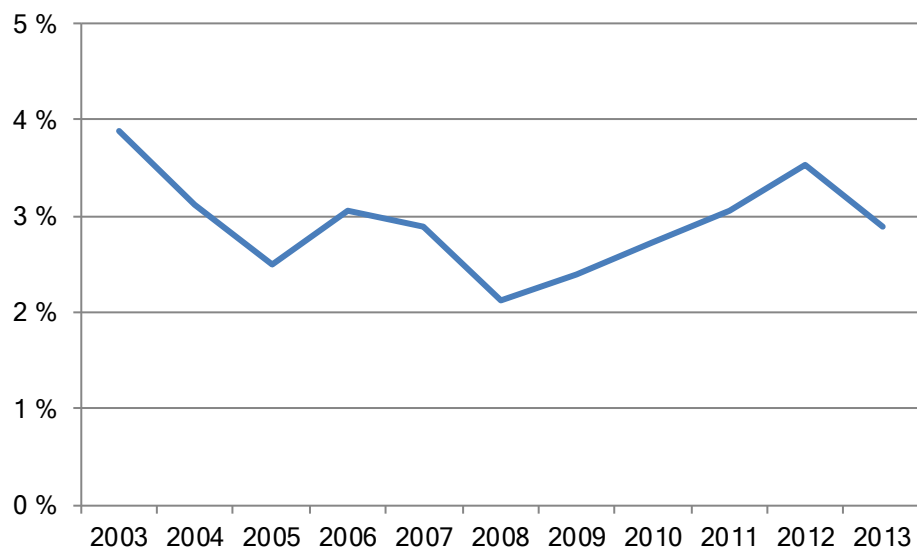
**Tab. 26:
Einbürgerungsquote 2003 bis 2013**

Jahr	Einbürgerungsquote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2003	3,9	3,9	3,9
2004	3,1	2,8	3,4
2005	2,5	2,5	2,5
2006	3,1	3,2	2,9
2007	2,9	3,0	2,7
2008	2,1	2,3	2,0
2009	2,4	2,4	2,4
2010	2,7	2,8	2,6
2011	3,1	3,1	3,0
2012	3,5	3,4	3,6
2013	2,9	2,7	3,2

Nur Anspruchseinbürgerungen.
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik), Ausländerbehörde (LaDiVA)



**Bild 26:
Einbürgerungsquote 2003 bis 2013**



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik), Ausländerbehörde (LaDiVA)



*Die wenigsten lösen ihren
Einbürgerungsanspruch ein*

In den letzten zehn Jahren bewegte sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung, der von seinem Einbürgerungsrecht Gebrauch macht, zwischen zwei und vier Prozent pro Jahr und damit auf insgesamt niedrigem Niveau. Offensichtlich sind die Vorteile eines Staatsangehörigkeitswechsels aus Sicht vieler Ausländerinnen und Ausländer begrenzt. Besonders gering ist der Anreiz für EU-Bürger, da sie rechtlich weitgehend mit deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt sind. Gleichwohl kann und wird eine Identifikation mit Deutschland oft auch unabhängig von der Staatsangehörigkeit bestehen.

*Zusammenfassung und
Kommentar zum Integrations-
monitoring 2014 aus Sicht der
Integrationsabteilung des Amtes
für Zuwanderung und Integration*

7 Konsequenzen für die Integrationsarbeit

Vorrangiges Ziel des Integrationsmonitorings ist es, den Stand des Integrationsprozesses aufzuzeigen und zu interpretieren. Das Integrationsmonitoring gibt Hinweise darauf, inwieweit sich die Partizipation von Zugewanderten in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, zu denen hinreichend aussagekräftige Daten vorhanden sind, entwickelt hat. Da die Integration von Zuwanderern ein äußerst vielschichtiger Prozess ist, können mit dem Integrationsmonitoring unter dieser Einschränkung nur Teilbereiche erfasst werden.

In seiner Funktion als Frühwarnsystem hat das Wiesbadener Integrationsmonitoring seit seiner Einführung dazu beigetragen, inhaltliche Akzente in der Integrationsarbeit zu setzen. Im Folgenden werden die integrationspolitischen Folgerungen aus dem vorgelegten Monitoringbericht 2014 und deren Bearbeitung aus Sicht der Integrationsabteilung im Amt für Zuwanderung und Integration vorgestellt.

*Das Integrationsmonitoring
2014 gibt Hinweise auf bereits
realisierte Integrationschancen
und -erfolge*

Annähernd 40 % der ausländischen Bevölkerung leben seit 20 und mehr Jahren in Deutschland und über ein Viertel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist in Deutschland geboren. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass sich die mit der Zuwanderung einhergehende kulturelle Vielfalt in Wiesbaden auch dauerhaft etabliert. Gemeinsam mit dem hohen Anteil der ausländischen

Bevölkerung, der einen sicheren Aufenthaltsstatus (78,5 %) besitzt, kann von guten und teilweise bereits realisierten Integrationschancen, insbesondere bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen, ausgegangen werden.

Gleichzeitig ist die Zahl der Neuzuwanderungen insbesondere durch Personen mit (süd)osteuropäischer Staatsbürgerschaft stark angewachsen. Um eine möglichst schnelle und gelingende Integration für die Gruppe der Neuzuwanderer zu erreichen, sind im vergangenen Jahr bereits Maßnahmen und Projekte in den jeweiligen Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes entwickelt und teilweise umgesetzt worden. Diese werden im Folgenden bei den jeweiligen Handlungsfeldern beschrieben.

Die stark angewachsene Zahl der Neuzuwanderungen erfordert Maßnahmen und Programme, um eine möglichst schnelle und gelingende Integration zu ermöglichen

Handlungsfeldübergreifend wird derzeit intensiv an der Umsetzung des Konzeptes „Integration auf Kurs“ gearbeitet, das unter anderem die Entwicklung und den Einsatz von Informationseinheiten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der zahlreichen Integrationskurse in Absprache mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Wiesbadener Integrationskursträger vorsieht. Teil des Konzeptes „Integration auf Kurs“ wird ein Wegweiser für Neuzuwanderer sein, der die notwendigen Informationen in kompakter schriftlicher Form vorsieht und durch audiovisuelle Elemente ergänzt wird.

Handlungsfeld Bildung

Neben dem weiteren Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung ist ein Informationssystem für neuzugewanderte Eltern zu entwickeln

Bereits realisierte Integrationschancen werden beispielhaft am seit 2003 bis 2011 steigenden Anteil der Kinder deutlich, die bei ihrer Einschulung mindestens 18 Monate einen Kindergarten besucht haben. Der leichte Rückgang dieser Quote in den letzten beiden Jahren weist neben dem Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung allerdings auf weitere Notwendigkeiten im integrationspolitischen Handeln hin. Insbesondere für die Gruppe der neuzugewanderten Eltern sind die Zugänge zur Tagesbetreuung durch gezielte Information über diese Möglichkeiten z. B. in Form eines Wegweisers zu verbessern und für die Kinder, die keinen oder nur einen

*Fördermaßnahmen für
schulische Seiteneinsteiger*

kurzzeitigen Platz in der frühkindlichen Tagesbetreuung vor der Einschulung erhalten, sind Maßnahmen zum Spracherwerb und zur Sprachförderung zu entwickeln und umzusetzen.

Gleiches gilt für die sogenannten schulischen „Seiteneinsteiger“ insbesondere ab der 8. Klasse. Die in den letzten beiden Schuljahren begonnene Unterstützung der Schüler der Deutschintensivklassen durch ergänzende Sprachcafés ist hier ein erster erfolgversprechender Ansatz zur Verringerung der herkunftsbedingten Bildungsbenachteiligung und zur Nutzung der Potentiale dieser Gruppe für den weiteren schulischen oder beruflichen Ausbildungsweg.

*Die Integration in das
Bildungssystem und den
Arbeitsmarkt von insbesondere
männlichen jugendlichen
Migranten bleibt ein integrati-
onspolitisches Dauerthema*

Der immer noch deutliche Abstand beim Besuch eines Gymnasiums von Kindern mit zu den Kindern ohne Migrationshintergrund sowie der deutlich erhöhte Anteil der ausländischen Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag sind bei allen tendenziellen Verbesserungen Hinweise auf bisher noch nicht gelöste Schwierigkeiten der strukturellen Integration in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt und eine für alle beteiligten Akteure weiterhin bestehende Herausforderung, denen auf kommunaler Ebene mit der Gründung des Wiesbadener Netzwerks „Übergang Kindertagesstätte zur Schule“, dem Ausbau der Betreuenden Grundschule und der Schulsozialarbeit, der Erweiterung des Ganztagschulprogramms und dem Ausbau von Förderprogrammen an Schulen und durch Informationen für Eltern im Rahmen von Elternbildungsmaßnahmen, u. a. „Fit für die Schule“, begegnet wird.

Handlungsfeld Arbeit

*Sowohl der hohe Anteil an
Beschäftigten ohne (anerkannte)
Berufsausbildung als auch
die erhöhte Arbeitslosenquote
erfordern verstärkte Anstren-
gungen insbesondere bei den
unter 25-Jährigen und auslän-
dischen Mädchen und Frauen*

Obwohl die sozialversicherungspflichtige Beschäftigtenquote ausländischer Frauen in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegen ist, liegt sie weiterhin auf einem besonders geringen Niveau und insbesondere ausländische Frauen im erwerbsfähigen Alter sind auf staatliche Sozialleistungen angewiesen. Der Anteil der ausländischen Frauen, die lediglich einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, liegt mit knapp 25 % dagegen recht hoch.

Im Rechtskreis des SGB II wurden in den letzten Jahren durch das kommunale Jobcenter bereits umfangreiche Anstrengungen unternommen, die Eingliederung in Erwerbsarbeit zu verbessern. Seit 2010 hat das Amt für Zuwanderung und Integration im Rahmen des Landesprogrammes „Modellregion Integration“ mit der Einrichtung einer Erstberatungsstelle für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen sowie der Förderung des Programms „Kompetenzen als Chance - Neue Berufswege für qualifizierte Migrantinnen“ ebenfalls Maßnahmen zur Verbesserung ergriffen.

Gemeinsam mit dem Amt für Soziale Arbeit und der Arbeitsagentur Wiesbaden befindet sich derzeit eine umfangreiche Motivationskampagne zur Steigerung der Erwerbstätigkeit von Migrantinnen in Arbeit, die voraussichtlich im Herbst dieses Jahres starten wird.

*Eine verbesserte Kooperation
ermöglicht eine schnellere
Integration in den Arbeitsmarkt*

Ergänzend wurden im Rahmen des Bundesprogrammes „Integration verbindlich gestalten“ mit dem Instrument der Integrationsvereinbarung die Kooperationsbeziehungen zwischen der Ausländerbehörde, der Arbeitsagentur und dem kommunalen Jobcenter sowie den Migrationsberatungsdiensten mit dem Ziel einer schnelleren Integration von Neuzuwanderern in den Arbeitsmarkt intensiviert.

Handlungsfeld Gesundheit und Sport

Insbesondere die starke Zuwanderung von Personen aus den osteuropäischen EU-Erweiterungsgebieten hat aufgrund fehlender oder unzureichender Krankenversicherungen zu deutlich steigenden Zahlen bei der Inanspruchnahme der Humanitären Sprechstunde insbesondere bei der allgemeinmedizinischen und der zahnmedizinischen Versorgung sowie der Schwangerensprechstunde geführt. Die aufgebauten Kooperationsstrukturen und Hilfsangebote haben sich bisher als belastbar erwiesen. Die dauerhafte finanzielle Absicherung in diesem Bereich ist zukünftig angesichts der stetig gestiegenen Kosten neben der öffentlichen Finanzierung auf weitere Standbeine zu stellen.

Insbesondere für neuzugewanderte Jugendliche sind die Integrationspotentiale des Sports verstärkt nutzbar zu machen.

Handlungsfeld Vielfalt in kulturellem Leben und Stadtentwicklung

Die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf einzelne Stadtteile hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Einige Stadtteile in Wiesbaden mit einem hohen Anteil an Neuzuwanderern erfüllen für die Gesamtstadt Wiesbaden dabei die notwendige Funktion einer transitorischen Zone und übernehmen Aufgaben der Erstintegration.

Stadtteile mit einem erhöhten Migrantanteil sind weiterhin mit Förderprogrammen zu unterstützen und Migrantenselbstorganisationen als gleichberechtigte Partner verstärkt einzubeziehen

Die in allen Stadtteilen mit einem erhöhten Migrantanteil existierenden Foren der Stadtteilarbeit greifen die damit verbundenen Herausforderungen auf und bearbeiten den erhöhten Unterstützungsbedarf in allen Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes in einem konstruktiven Miteinander, das von Förderprogrammen flankiert werden muss. Migrantenselbstorganisationen sollten stärker als bisher als Potential bei der Integration in das Wohnumfeld genutzt werden und sind auf ihre Bereitschaft hierfür zu gewinnen und entsprechend zu qualifizieren.

Die leicht steigende Tendenz der Wohnungseigentümerquote von Haushalten mit Migrationshintergrund gibt nicht nur Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Bevölkerungsgruppe, sondern kann auch als Zeichen für eine Identifikation mit Wiesbaden und dem jeweiligen Stadtteil gewertet werden. Es bleibt in den folgenden Jahren spannend zu beobachten, wie sich diese Quote weiterentwickeln wird. Viele Zuwanderer der ersten Generation haben noch in ihrem Herkunftsland in Immobilien investiert. Dies könnte sich bei den nun folgenden Generationen stärker wie bisher auf den Erwerb von Wohnungseigentum in Wiesbaden verlagern.

Anhang

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
A. Strukturelle Integration								
A.1 Rechtliche Integration								
Ausländer/-innen insgesamt	a)	2013	50 553	25 525	25 026	x	x	x
darunter mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU- Staatsangehörigkeit	a)	2013	39 698	20 292	19 406	x	x	x
Ausländer/-innen im Alter von 16 und mehr Jahren	a)	2013	45 490	22 823	22 661	x	x	x
darunter mit einem Anspruch auf Einbürgerung	a)	2013	26 104	12 836	13 268	x	x	x
A.2 Integration in das Bildungssystem								
Kinder in der Schuleingangs- untersuchung	b)	2013	1 509	778	731	1 173	624	549
darunter mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten	b)	2013	1 406	720	686	1 148	612	536
Schüler/-innen in der 8. Klasse an allgemeinbildenden Schulen	b)	2013/14	982	512	470	1 667	883	784
davon auf ...								
Förderschule mit Schwerpunkt Lernen	b)	2013/14	47	36	11	26	18	8
Hauptschule	b)	2013/14	131	82	49	77	52	25
Realschule	b)	2013/14	237	121	116	250	138	112
Integrierte Gesamtschule	b)	2013/14	311	150	161	482	256	226
Gymnasium	b)	2013/14	256	123	133	832	419	413
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	b)	2013	748	364	384	2 076	1 033	1 043
davon								
ohne Hauptschulabschluss	b)	2013	59	33	26	36	19	17
mit Hauptschulabschluss	b)	2013	171	98	73	192	109	83
mit Realschulabschluss	b)	2013	343	159	184	724	399	325
mit Hochschulreife	b)	2013	175	74	101	1 124	506	618
Berufsschüler/-innen	a)	2013/14	1 327	793	534	6 139	3 583	2 556
darunter ohne Ausbildungsvertrag	a)	2013/14	297	225	72	424	306	118
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll								



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden

	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
A.3 Integration in den Arbeitsmarkt								
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	a)	2013	16 048	9 130	6 918	82 829	41 599	41 230
darunter								
ohne Berufsausbildung	a)	2013	3 701	2 212	1 489	9 670	5 144	4 526
mit Berufsausbildung	a)	2013	4 615	2 536	2 079	41 574	19 820	21 754
mit (Fach-) Hochschulausbildung	a)	2013	1 697	875	822	16 979	9 343	7 636
Geringfügig Beschäftigte	a)	2013	3 167	1 101	2 066	11 612	4 415	7 197
Arbeitslose	a)	2013	3 369	1579	1790	7 440	3898	3542
Unter 25-jährige Arbeitslose	a)	2013	341	167	174	900	488	412
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach dem SGB II	a)	2013	7 301	3 309	3 992	13 468	6 307	7 161
A.4 Integration in den Wohnungsmarkt								
Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum	b)	2013	3 319	x	x	25 496	x	x
B. Kulturelle Integration								
B.1 Spracherwerb								
Kinder in der Schuleingangs- untersuchung	b)	2013	1 509	778	731	1 173	624	549
Kinder, die Deutsch fehlerfrei oder mit leichten Fehlern sprechen	b)	2013	1 131	559	572	x	x	x
B.2 Gesundheit								
Kinder in der Schuleingangs- untersuchung	b)	2013	1 509	778	731	1 173	624	549
darunter mit Übergewicht	b)	2013	186	91	95	72	30	42
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll								

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
			C. Soziale Integration					
C.1 Aufenthaltsdauer/Bleibeabsichten								
Ausländer/-innen mit einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von 20 Jahren und mehr	a)	2013	19 530	10 081	9 449	x	x	x
Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Geburtsort in Deutschland ..	b)	2013	26 403	13 638	12 765	x	x	x
C.2 Multikulturelles Zusammenleben								
Eheschließende Migrant/-innen	b)	2013	1 720	850	870	x	x	x
darunter heiraten eine/n Partner/-in ohne Migrationshintergrund	b)	2013	536	258	278	x	x	x
Eheschließungen zwischen Personen mit Migrationshintergrund	b)	2013	592	x	x	x	x	x
darunter mit einem erst nach der Eheschließung eingereisten Partner	b)	2013	206	78	128	x	x	x
Haushalte	b)	2013	143 319	x	x	x	x	x
darunter Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben	b)	2013	12 620	x	x	x	x	x
D. Identifikatorische Integration								
D.1 Einbürgerungen								
Einbürgerungen	a)	2013	902	411	491	x	x	x
darunter Anspruchseinbürgerungen	a)	2013	765	347	418	x	x	x
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll								



Informierte wissen mehr ...
www.wiesbaden.de/statistik



Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik
Wilhelmstraße 32 | 65183 Wiesbaden

Telefon 06 11 | 31 54 34
E-Mail dokumentation@wiesbaden.de

